

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA
124.
SITZUNG
7 - 7 - 1967

Presidente: PUPP
Vicepresidente: BERTORELLE

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Disegno di legge n. 89:

« Provvidenze creditizie di primo intervento a favore delle imprese commerciali, delle cooperative di consumo, degli alberghi e pubblici esercizi danneggiati dalle calamità atmosferiche verificatesi nel mese di novembre 1966 »

pag. 3

Disegno di legge n. 93:

« Autorizzazione di un limite di impegno di lire 300 milioni per la concessione di provvidenze ai sensi della legge regionale 28 novembre 1966, n. 21, a favore delle imprese danneggiate dalla alluvione del mese di novembre dell'anno 1966 »

pag. 35

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 89:

« Sofortbeihilfen für Krediterleichterungen an im November 1966 hochwassergeschädigte Handelsunternehmen, Konsumgenossenschaften, Hotelbetriebe und Gaststätten »

Seite 3

Gesetzentwurf Nr. 93:

« Ermächtigung einer Ausgabenbindung in Höhe von 300 Millionen Lire zur Gewährung von Finanzierungshilfen kraft Regionalgesetz Nr. 21 vom 28. November 1966 an im November 1966 hochwassergeschädigte Unternehmen »

Seite 35

Ore 10.12.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MARTINELLI (Segretario questore - D.C.): *(fa l'appello nominale)*.

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 6.7.1967.

MARTINELLI (Segretario questore - D.C.): *(legge il processo verbale)*.

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

Comunicazioni: il Commissario del Governo ha restituito, muniti del suo visto, i seguenti disegni di legge:

n. 87: «Provvedimenti a favore dei comuni, delle amministrazioni separate di uso civico e di altri enti pubblici proprietari di boschi danneggiati dalla alluvione dell'autunno 1966».

n. 91: «Norme per l'applicazione dell'articolo 20 della legge statale 23 dicembre 1966, n. 1142, concernente ulteriori interventi e provvidenze per la ricostruzione e per la ripresa economica nei territori colpiti dalle alluvioni e mareggiate dell'autunno 1966».

n. 92: «Primo provvedimento di variazione al bilancio della Regione per l'anno finanziario 1967».

E' scaduto il termine di cui all'art. 49 dello Statuto, senza che il Governo abbia mosso rilievo circa il seguente disegno di legge: n. 94: «Determinazione dell'importo massimo delle aperture di credito a favore dei funzionari delegati per il pagamento di spesa da farsi in economia, relative a lavori di sistemazione idraulico-forestale dei bacini montani».

Dunque è scaduto il termine e la legge dovrebbe essere approvata.

E' stata presentata una nuova interrogazione (n. 167) del cons. Benedikter all'assessore per l'economia montana e foreste, riguardante l'aumento delle tariffe per l'uso delle scivole al Passo dello Stelvio.

Facciamo oggi seduta fino alle 14, eccezionalmente, perchè non vogliamo poi variare in avvenire il nostro orario, perchè una volta presa una decisione dobbiamo cercare di attenerci a quella.

Riprendiamo la discussione generale sul disegno di legge n. 89:

«Provvidenze creditizie di primo intervento a favore delle imprese commerciali, delle cooperative di consumo, degli alberghi e pubblici

esercizi danneggiati dalle calamità atmosferiche verificatesi nel mese di novembre 1966 ».

Chi chiede la parola in discussione generale? La parola al cons. Spögler.

SPÖGLER (S.V.P.): Meine Damen und Herren! Ich möchte mir zunächst erlauben, auf einige Ungereimtheiten bzw. auf einige Fehler hinzuweisen, die in dieser Gesetzesvorlage anzutreffen sind. So ist z.B. auf Seite 2 des Berichtes dieser Gesetzesvorlage zu lesen, daß auf dem Sektor des Handels und der Beherbergungsbetriebe 993 Unwettergeschädigte festgestellt worden sind. Etwas später, auf Seite 3 dieser Vorlage, spricht man dann nicht mehr von 993 unwettergeschädigten Betrieben, sondern die Zahl erhöht sich dann auf 1.118. Nachdem auch der Bericht einen integrierenden Bestandteil des Gesetzes bildet, müßten, glaube ich, solche Fehler korrigiert werden; entweder es stimmt die erste Zahl oder die nächstgenannte.

In den beigeschlossenen Tabellen wird die Anzahl der geschädigten Unternehmen einmal nach Gemeinden angegeben, und dann aufgeteilt nach Großhändler, Lebensmittel-detailgeschäften, Kleinhandelsgeschäften außerhalb der Lebensmittelbranche und nach Beherbergungsbetrieben. Ich möchte den Herrn Assessor darauf aufmerksam machen, daß in diesen Tabellen die Angaben der geschädigten Unternehmen der Gemeinden der Provinz Bozen vollkommen fehlen; es sind ausschließlich die Gemeinden der Provinz Trient mit der Anzahl der unwettergeschädigten Betriebe oder Unternehmen angegeben. Ich glaube, daß auch in diesem Falle eine Ergänzung vorgenommen werden müßte, indem auch die Gemeinden von Südtirol mit den unwettergeschädigten Firmen in die Tabellen aufgenommen

werden, oder man entfernt diese Tabellen überhaupt aus der Gesetzesvorlage. Den so, wie sie uns vorgelegt werden, sind diese Tabellen lückenhaft und stimmen nicht.

Interessant erscheint mir auch folgende Feststellung zu sein. In der Provinz Bozen beläuft sich der Schaden dieser unwettergeschädigten Unternehmen des Handels auf 250 Millionen Lire. Diese unwettergeschädigten Unternehmen haben bei der Sparkasse der Provinz Bozen Darlehen in der Höhe von rund 43 Millionen Lire aufgenommen. Das entspricht ungefähr 18 % der erhobenen Schadenssumme. In der Provinz Trient ist der entstandene Schaden in der Höhe von rund 3 Milliarden 700 Millionen Lire angegeben worden. Die aufgenommenen Darlehen belaufen sich auf eine Summe von fast 2 Milliarden Lire, ganz genau 1,925.510.000 Lire; das sind über 50% der gemeldeten Schadenssumme. Ich wollte das nur kurz anführen, weil das wieder einmal beweist - ich habe das schon bei anderen Gesetzen, glaube ich, einmal festgestellt -, daß die Mentalität zwischen den Bürgern der Provinz Trient und der Provinz Bozen grundlegend verschieden ist. Ich möchte diese Feststellung nur so nebenbei gemacht haben.

(Ein Regionalrat unterbricht).

SPÖGLER (S.V.P.): Nein. Ich sage doch nicht, daß in der Provinz Trient nicht bedeutend größere Schäden festgestellt wurden.

(Weitere Zwischenrufe eines Regionalrates).

SPÖGLER (S.V.P.): Wenn ich behauptet habe, daß in der Provinz Bozen 250 Millionen Lire Schäden entstanden sind, dann wird das, glaube ich, wohl auch stimmen. Und wenn ich sage, daß, obwohl 250 Millionen Lire Schäden entstanden sind, nur 43 Millio-

nen Lire Darlehen aufgenommen worden sind, dann ist das eine Feststellung, die ich wohl machen darf. In der Provinz Trient sind natürlich bedeutend größere Schäden entstanden und das habe ich auch nicht bestritten. Natürlich sind dann zehnmal mehr oder hundertmal mehr Darlehen aufgenommen worden als in der Provinz Bozen. Das ist ja ganz klar, und ich habe auch nichts dagegen zu sagen. Ich habe nur festgestellt, daß in der Provinz Trient im Verhältnis zum entstandenen Schaden eben mehr Darlehen aufgenommen wurden. Aber das ist ja nur eine Feststellung und beileibe kein Vorwurf. Sicher hätten die Handelsunternehmen in der Provinz Trient auf Grund der gemeldeten Schäden noch mehr Darlehen aufnehmen können. Aber das scheint mir keine sehr wichtige Sache zu sein, so daß diese Feststellung also ruhig übergangen werden kann.

Vielleicht darf ich mir doch noch eine andere Feststellung erlauben. Diese besteht darin, daß aus den Tabellen hervorgeht, daß zum Teil Schäden von nur 30.000, 40.000 Lire und ähnlichen Beträgen gemeldet worden sind. Nun, daß die Bürger solche Schäden melden, die meines Erachtens sehr klein sind, kann ich noch verstehen, denn jeder hofft, auch wenn die Schadenssumme klein ist, doch einmal irgendeine Begünstigung zu bekommen. Daß aber die regionalen Ämter diese geringen Schäden feststellen, ich nehme an durch Lokalausweise, denn sonst wäre in der Tabelle nicht «danni dichiarati», und «danni accertati» angegeben, dazu erlaube ich mir zu bemerken, daß dies in Anbetracht, daß die regionalen Ämter bestimmt wichtigere Arbeiten, gerade im Hinblick auf das große Ausmaß der Katastrophe vorzunehmen gehabt hätten, vielleicht nicht notwendig gewesen wäre.

Ich möchte mir aber erlauben, hier wichtigere Dinge festzustellen, bzw. an den Herrn Assessor wichtigere Fragen zu richten, die mir wesentlicher erscheinen als das bisher von mir Festgestellte bzw. Gesagte. Ich nehme an, daß von der Beantwortung dieser Fragen auch zum Teil das Verhalten der Südtiroler-Volkspartei-Fraktion dieser Gesetzesvorlage gegenüber abhängen könnte; das ist nur eine persönliche Meinung. Es würde mich interessieren, Herr Assessor, ob seinerzeit die geschädigten Handelsunternehmen, nachdem sie von der Möglichkeit, günstige Darlehen zu bekommen, Kenntnis erhalten haben - es handelt sich sozusagen um zinsenlose Darlehen -, einfach zum Bankinstitut gehen konnten, um ein Darlehen von x-beliebiger Höhe zu beantragen, oder ob die Bankinstitute über die Höhe des zu gewährenden Darlehens entschieden haben. Oder mußten sich die Interessierten - also die geschädigten Firmen - zuerst an die Region wenden, die nach wenn auch nur summarischen Lokalausweisen der Schäden die Aufnahme einer bestimmten Darlehenssumme genehmigte, und zwar, nehme ich an, in der Höhe ungefähr der festgestellten Schäden?

Wenn diese letztere Frage vom Herrn Assessor in dem Sinne beantwortet wird, daß die Dinge sich eben so verhielten - der Geschädigte mußte sich an die Region wenden, die eine summarische Überprüfung vornahm und dann eine bestimmte Darlehenssumme genehmigte-, dann, glaube ich, stehen wir heute vor vollendeten Tatsachen; dann ist es auch ganz klar, daß eine geforderte Kommission des Regionalrates wirklich keinen Sinn mehr hätte, denn das Gesetz hat nichts anderes mehr zu tun, als den Zinszuschuß auf Grund der genehmigten Darlehen zu bezahlen. Es ist dann nichts mehr festzustellen, es ist dann nichts

mehr zu überprüfen, es ist dann nur mehr der Zinsfuß seitens des Regionalausschusses an das betreffende Bankinstitut zu bezahlen. In diesem Fall müßte der Regionalausschuß praktisch in jedem Fall die Zinsen auf die bereits provisorisch genehmigte Darlehenssumme bezahlen. Wie schon gesagt, die geforderte und bei der Gruppenführerbesprechung versprochene Kommission hätte heute wirklich keinen Sinn mehr.

Wenn sich aber die Dinge so verhalten, wie ich gerade geschildert habe, dann scheint mir doch eine Feststellung notwendig zu sein, nämlich folgende: Diese geforderte und versprochene Kommission hätte damals vor Monaten, zu jenem Zeitpunkt also, in welchem die Darlehenssummen genehmigt und die Schäden festgestellt worden sind, eingesetzt werden und tätig sein müssen. Heute hätte diese Kommission, wenn sich die Dinge so verhielten, natürlich keinen Sinn mehr. Ich möchte daher den Herrn Assessor fragen, ob sich die Dinge so verhalten oder ob der Regionalausschuß bis heute noch nichts genehmigt, sondern nur die Bankinstitute autorisiert hat, die verlangten Darlehen zu gewähren, mit der Verpflichtung des Regionalausschusses, den Großteil der Zinsen zu übernehmen. Außerdem hat er sich verpflichtet, wie wir aus einem Abänderungsantrag sehen, auch die Bürgschaft für diejenigen Handelsbetriebe zu übernehmen, die nicht in der Lage sind, genügend Garantien zu geben.

Wenn die Dinge so liegen würden, daß der Regionalausschuß auf die gegebene Darlehenssumme seitens der Bankinstitute Abstriche machen könnte, was ich allerdings nicht glaube, dann hätte diese Regionalkommission auch heute noch einen gewissen Sinn. Sie könnte nämlich dann feststellen, ob Spekulationen vorgekommen sind, mit anderen

Worten, ob vielleicht im Vergleich zu den entstandenen Schäden ein Vielfaches an Darlehen aufgenommen wurde. Ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen. Ich möchte, wie gesagt, vor allem den Herrn Assessor ersuchen, mir diese zwei aufgeworfenen Fragen zu beantworten, weil davon irgendwie auch die Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf abhängen könnte.

(Signore e Signori! Vorrei innanzitutto accennare ad alcune incongruenze ossia errori da me riscontrati nel testo del disegno di legge. A pagina 2 ad esempio della relazione al disegno di legge in parola si legge che nel settore del commercio e dell'industria alberghiera sarebbero stati accertati 993 danneggiati alluvionali. A pagina 3 però della stessa relazione non si parla più di 993 aziende danneggiate ma addirittura di 1118. Costituendo la relazione ad un disegno di legge parte integrante dello stesso, penso tali inesattezze debbano essere corrette. E' chiaro che una sola delle due cifre citate può essere giusta.

Negli elenchi allegati il numero delle aziende viene indicato una volta Comune per Comune e poi suddiviso invece per categoria, quali ad esempio: grossisti, alimentaristi detagianti, piccole imprese commerciali non facenti parte del ramo alimentazione e aziende alberghiere. Vorrei in proposito richiamare la attenzione dell'Assessore sul fatto che negli elenchi mancano completamente i dati riguardanti le aziende dei Comuni della Provincia di Bolzano e che risultano essere riportati esclusivamente i Comuni della Provincia di Trento con il numero delle aziende alluvionate. Ritengo che anche in questo caso occorre integrare gli elenchi in parola, inserendovi pure i Comuni del Tirolo del Sud con le ditte alluvionate, altrimenti sarebbe meglio togliere ad-

dirittura tali elenchi dal testo e contesto del disegno di legge. Così come gli elenchi sono stati presentati gli stessi sono incompleti ed inesatti.

Interessante mi sembra anche quanto segue: nella Provincia di Bolzano la somma del danno subito dalle aziende alluvionate ammonta a Lire 250 milioni. Le ditte in parola hanno acceso presso la Cassa di Risparmio della Provincia di Bolzano mutui per complessive Lire 43 milioni. Ciò corrisponde all'incirca al 18% dei danni accertati. In Provincia di Trento i danni risultano essere di Lire 3 miliardi 750 milioni. La somma dei mutui accesi ammonta però a quasi due miliardi di Lire o più precisamente a Lire 1,925.510.000, il che corrisponde ad una percentuale superiore al 50% dei danni accertati. Ho detto tutto questo solo per dimostrare per l'ennesima volta come sia diversa fundamentalmente la mentalità dei concittadini delle due Province di Trento e di Bolzano. L'ho già detto altre volte in occasione dell'esame di altre leggi. Comunque sia volevo far rilevare tutto questo solo per inciso).

Interruzione da parte di un Consigliere.

SPÖGLER (S.V.P.): *(Non ho detto che i danni in Provincia di Trento non siano stati molto maggiori).*

Altre interruzioni da parte di un Consigliere.

SPÖGLER (S.V.P.): *(Se ho affermato che i danni verificatisi in Provincia di Bolzano ammontano a Lire 250 milioni, allora l'ho fatto perchè credo che tale cifra sia esatta. Se poi ho affermato che i mutui accesi ammontano solo a 43 milioni di Lire rispetto ai 250 milioni di danni accertati, allora penso che*

mi sarà consentito fare tale constatazione. Io non ho messo in dubbio che i danni verificatisi in Provincia di Trento sono effettivamente molto maggiori. Appunto per questo anche i mutui accesi sono per decine o per centinaia di volte superiori a quelli in Provincia di Bolzano. Mi pare che tutto questo sia molto chiaro e non ho in proposito nulla da obiettare. Ho detto semplicemente che rispetto ai danni accertati in Provincia di Trento sono stati accesi dei mutui in numero superiore. Ciò non dovrebbe quindi suonare come se fosse una specie di rimprovero. Le aziende commerciali della Provincia di Trento in base ai danni denunciati avrebbero naturalmente potuto accendere dei mutui per una cifra maggiore. Ma ciò non mi pare sia una cosa importante e si può quindi senz'altro passarci sopra.

Forse mi si consentirà di dire un'altra cosa e cioè che dagli elenchi risulta che i danni in parte non superano la somma di Lire 30 o 40.000 ecc. Posso comprendere senz'altro la denuncia di danni per quanto minimi essi siano, poichè ognuno spera di ottenere qualchecosa, a prescindere dalla esiguità o meno della somma denunciata. Che però gli organi regionali abbiano proceduto all'accertamento di tali danni esigui attraverso appositi sopralluoghi, come si deve fatalmente dedurre dalla voce di «danni accertati» e non di «danni dichiarati», ciò mi sembra un po' spropositato e non sarebbe stato secondo me necessario, visto che gli Uffici regionali proprio a causa delle vaste proporzioni delle calamità verificatesi erano sicuramente oberati di lavoro e avevano per conseguenza cose ben più importanti da fare.

Ho da dire comunque delle cose ben più importanti all'Assessore. Dalla risposta che egli mi darà alle domande che gli rivolgerò

dipenderà in parte anche la posizione che il gruppo consigliare della SVP assumerà circa questo disegno di legge. Esprimo ciò dicendo un mio parere personale. Ed ecco la prima domanda: Mi interesserebbe sapere, signor Assessore, se le aziende commerciali alluvionate, una volta messe al corrente della possibilità di ottenere mutui agevolati e praticamente senza interessi, potevano recarsi ad un istituto di credito per chiedere la concessione di un mutuo per una cifra qualsiasi, oppure, se erano invece tali istituti di credito a decidere sulla entità di tali mutui? O non era forse così che le ditte alluvionate dovevano prima rivolgersi alla Regione che, effettuato il sopralluogo per accertare sia pure sommariamente i danni, autorizzava l'accensione di un mutuo per una determinata cifra, più o meno rispondente alla entità dei danni accertati?

Se a quest'ultima domanda l'Assessore mi risponderà dicendomi che l'alluvionato doveva prima rivolgersi alla Regione per attendere l'esito di un esame sommario e la successiva autorizzazione di una determinata cifra di mutuo, allora credo che in tal caso ci troveremmo di fronte ai fatti compiuti. Ma in tal caso è altrettanto chiaro che la rivendicata commissione consiliare non sarebbe più giustificata, non restando altro da fare che pagare in base alla legge il contributo in conto interessi per il mutuo autorizzato. Se le cose stanno così, non ci sarà più nulla da accertare nè da esaminare e basterebbe quindi pagare il concorso in conto interessi all'istituto di credito mutuante. E in tal caso la Giunta regionale dovrebbe in ogni modo pagare gli interessi sull'importo del mutuo già provvisoriamente autorizzato. La commissione consiliare richiesta in occasione della riunione dei capigruppo sarebbe pertanto del tutto inutile, come già detto poc'anzi.

Ma se le cose fossero andate veramente così come le ho testè descritte, allora mi sembra necessario dire che la commissione avrebbe dovuto essere costituita già mesi fa, nel momento cioè in cui vennero autorizzati gli importi dei mutui da concedere per i danni alluvionali. Oggi come oggi tale commissione non avrebbe altrimenti più alcuna utilità. Vorrei perciò sapere dall'Assessore, se le cose stanno effettivamente così, oppure, se la Giunta regionale non ha autorizzato nulla fino ad oggi, limitandosi di autorizzare soltanto gli istituti di credito a concedere i mutui richiesti, quale impegno della Giunta regionale di assumere il pagamento della maggior parte degli oneri per interessi. La Giunta, come vediamo a seguito di un emendamento presentato, si era inoltre impegnata di assumere pure la fidejussione per quelle aziende commerciali impossibilitate ad offrire le necessarie garanzie.

Se le cose invece fossero andate in modo che la Giunta avrebbe potuto fare delle detrazioni sulla somma mutuata ciò che però non credo, la Commissione consiliare potrebbe tuttora svolgere una sua funzione. Essa potrebbe cioè verificare, se ci sono state speculazioni, ossia, se in relazione ai danni alluvionali effettivamente tali siano stati assunti dei mutui per una somma molto superiore. Non ho altro da aggiungere in proposito. Pregherei innanzitutto, come già detto, l'Assessore, di rispondermi alle due domande postegli, poichè dalla sua risposta potrebbe in qualche modo dipendere la posizione che assumeremo nei riguardi di questo disegno di legge).

PRESIDENTE: La parola al cons. Santoni.

SANTONI (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, il disegno di legge n. 89 che il Consiglio regionale sta esaminando, ha, come è stato messo in evidenza anche dalla relazione della commissione industria, commercio e turismo, caratteristiche singolari, come eccezionali sono stati gli avvenimenti che hanno provocato la necessità dell'intervento della Giunta regionale e che hanno giustificato la predisposizione del disegno di legge in esame, che dà la sanatoria a una serie di interventi che sono già stati attuati in gran parte. Per comprendere completamente la portata di questo disegno di legge bisogna ritornare, come è stato messo in evidenza anche da altri, con la memoria ai tragici momenti del novembre '66, subito dopo la catastrofe, momento in cui non c'era tempo da perdere in discussioni accademiche, ma bisognava operare con immediatezza ed efficacia per salvare il salvabile e per ridare fiducia soprattutto alle popolazioni colpite. La lettura dei verbali, che sono stati messi a disposizione dai membri della commissione industria, delle sedute fra la Giunta regionale e i capigruppo consiliari, mi sembra rendere molto completamente, molto bene questa atmosfera drammatica, in cui tutti i gruppi rappresentati in Consiglio regionale, al di sopra della loro appartenenza politica, della loro fede ideologica, avevano dichiarato apertamente la loro volontà di rendersi utili per portare aiuto alle popolazioni colpite, conforto e soprattutto fiducia nei confronti degli operatori economici che avevano ottenuto dei colpi veramente mortali. Soprattutto questo bisogno di ridare immediata fiducia alle popolazioni, si sentiva a Trento città, soprattutto per quanto riguarda la categoria dei commercianti e degli esercenti che con questo disegno di legge si vuole concretamente aiutare, che era stata maggiormente colpita e le cui aziende

commerciali in una notte si erano viste distrutte attrezzature e scorte, scorte accumulate anche in vista delle prossime festività natalizie. Ora se le aziende trentine danneggiate ammontano a 450, le aziende commerciali e i pubblici esercizi, ci si rende conto dell'entità della catastrofe. Bisogna essere onesti nel dare atto alla Giunta regionale di quanto ha fatto e della tempestività con cui si è mossa, perchè di fronte a una situazione di così catastrofica gravità, non solo operò immediatamente in sede assistenziale e di pronto intervento, ma mise anche allo studio le prime iniziative di ripristino, che per il settore commerciale si concretarono in accordi con gli istituti di credito regionali - Casse di risparmio di Trento e di Bolzano e Banca di Trento e Bolzano - quali istituti di credito, dimostrando anche loro grande sensibilità e grande senso di collaborazione nei confronti dell'ente pubblico e nei confronti delle categorie colpite, si dichiararono immediatamente disposti a mettere subito a disposizione denaro a basso tasso di interesse, mi pare al 5,50%. Qui va ricordato, per dare a Cesare quel che è di Cesare, che la Giunta regionale operò immediatamente prima che uscissero, anche sul piano delle indiscrezioni, i provvedimenti statali che poi si concretarono nel decreto legge 976, convertito poi nella legge 1142. Per questa tempestività nell'intervenire, soprattutto nel settore commerciale, la Giunta regionale ebbe ampi riconoscimenti dagli uomini di governo che vennero in Trentino in quei momenti a studiare con noi la situazione, ma ebbe soprattutto la gratitudine delle categorie interessate, che videro in questa immediata presa in mano della situazione da parte della Regione, la possibilità di andare velocemente verso il ripristino della situazione di normalità. E il fatto più positivo fu

che si annunciò immediatamente, attraverso un comunicato - abbiamo vissuto tutti quei giorni, io li ho vissuti per l'aspetto di competenza della Provincia, per l'aspetto dell'artigianato - si annunciò subito che le banche avrebbero accordato prestiti all'1,50% circa; con un contributo regionale in conto interessi del 5%. Qui le discussioni sono state lunghissime, i verbali della commissione lo dicono e non mi dilungo. I commercianti - e anche questo fu un grande esempio di senso civico, di responsabilità - dichiararono che non volevano i soldi gratis, ma che volevano pagare un interesse, se pur basso, per cui il discorso non era più il discorso degli interessi, perchè l'interesse dell'1,50% era sopportabile, era il discorso delle garanzie che dovevano produrre aziende dissestate, che avevano visto in una notte tutto distrutto e che avevano difficoltà a garantire con i loro beni, ma avevano più grosse difficoltà a trovare anche dall'esterno, in situazioni di questo genere, chi avrebbe potuto garantire. In ogni caso il problema delle garanzie fu affrontato in lunghe e faticose sedute con l'assessore al commercio, con l'assessore all'industria, col Presidente della Giunta regionale, e si trovò una formula originale, stabilendo che si sarebbe accantonato *una tantum* il 5% del mutuo concesso per creare un fondo di garanzia, a cui si sarebbe aggiunto lo 0,25% accantonato sull'interesse costante del 5% che la Regione andava a versare. Si creò così immediatamente questo fondo di garanzia, con l'accordo - questo va sottolineato - con l'accordo delle categorie interessate, che immediatamente si dichiararono disposte a fare questo ulteriore sacrificio, di avere un'entità finanziaria inferiore di quella nominale, pur di arrivare ad avere immediatamente le disponibilità finanziarie per partire, si partì subito anche con questo, consen-

tendo di disporre del denaro necessario per iniziare questa opera di ripristino. Il fondo di garanzia, va sottolineato, c'era l'impegno che sarebbe stato restituito al momento in cui l'operazione si fosse estinta. Si parlò in quella sede anche di fidejussione regionale, ricordo, però ci fu, e direi a ragione, chi ritenne inopportuna la fidejussione dell'ente pubblico, perchè si poteva correre il rischio di un'istruttoria meno severa da parte delle banche, perchè tanto si avrebbe pensato: paga la Regione; e questo sarebbe stato un fatto di diseducazione e direi che la cosa è stata estremamente opportuna, cioè far garantire i mutui direttamente dagli interessati. Quanto sia stata efficace la decisione presa dalla Giunta regionale in quel momento, in collaborazione con i capigruppo, è stato dimostrato dal fatto che nei mesi di novembre, dicembre e gennaio '67, sono stati accordati prestiti per 2 miliardi di Lire, con cui in breve tempo le aziende commerciali danneggiate hanno avuto la possibilità di riprendere e addirittura di cancellare i segni del disastro.

Ecco, questo io ritengo doveroso ricordare, perchè è giusto ed è doveroso dare atto alla Giunta regionale della tempestività del suo intervento, dell'efficacia con cui l'ha portato avanti, dando atto nel contempo anche agli istituti di credito regionali che hanno operato in quel momento, della grande sensibilità dimostrata. Perchè ancora due, tre giorni dopo l'alluvione, la Cassa di risparmio di Trento e Rovereto aveva già deliberato nel suo consiglio di amministrazione di mettere a disposizione un miliardo e mezzo per operare in quella direzione. Ora l'istruttoria di queste pratiche, l'ha ricordato ieri il Presidente della Giunta regionale rispondendo al cons. Corsini, ma qui lo ribadisco, era una istruttoria estremamente semplice, estremamente rapida. La

domanda non veniva presentata alla Giunta regionale, ma la domanda veniva inoltrata - l'assessore poi può correggermi se dico delle cose sbagliate - veniva inoltrata all'associazione commercianti competente, la quale associazione commercianti la faceva esaminare da una commissione tecnica, che stabiliva l'entità dei danni presso la Camera di commercio, in quanto non si voleva consentire che approfittando della disgrazia, qualcuno, come ha accennato poco fa anche il cons. Spögler, potesse giocare al rialzo. Soltanto dopo questa ulteriore istruttoria, dopo questo ulteriore esame tecnico, la pratica veniva trasmessa alla banca, la quale banca faceva la sua istruttoria per quanto concerne le garanzie, dopodichè inviava alla Regione una lettera in duplice copia, se non vado errato, una delle quali lettere doveva venire restituita alla banca controfirmata dal Presidente, per garantire che a suo tempo, approvato il disegno di legge, la Regione avrebbe accordato su quei mutui il beneficio del contributo in conto interessi del 5%. Come si vede e come è documentato dalle banche che hanno fatto l'istruttoria, veniva dato a tutti gli alluvionati il mutuo e l'entità dell'interesse era uguale per tutti. Cioè il Presidente della Giunta regionale si limitava a vistare questa lettera della Cassa di risparmio, che garantiva che a suo tempo sarebbe stato dato il contributo. Però non c'era assolutamente nessuna discrezionalità da parte dell'ente pubblico, nè per quanto concerne l'accordare o meno il mutuo, nè per quanto concerne l'ammontare degli interessi, nè per quanto concerne le garanzie, perchè tutti avevano la possibilità di garantirsi su quel fondo particolare che gli interessati stessi si erano costituito. Evidentemente questo non escludeva che gli interessati dessero anche delle garanzie di ordine personale o di ordine reale. Arrivato a

questo punto - e ritenevo opportuno sottolineare come procedeva l'istruttoria - devo richiamarmi all'intervento del cons. Corsini di ieri sera, il quale cons. Corsini si è dichiarato d'accordo - mi pare d'aver capito col disegno di legge della Giunta regionale, per quanto concerne il merito, ma ha sollevato a riguardo dello stesso l'inadempienza da parte della Regione stessa di un impegno assunto con i capigruppo di istituire una commissione consiliare per l'amministrazione del fondo. Il cons. Corsini ha sostenuto che questa inadempienza, che lui dice che la Giunta ha commesso, avrebbe fatto venire meno la fiducia reciproca sul presupposto del rispetto degli impegni, perchè i gruppi di minoranza avrebbero voluto vedere dentro la pentola - e vedere dentro la pentola vuol dire evidentemente che c'era una certa possibilità di discrezionalità nel concedere questi benefici - vedere dentro la pentola, perchè altrimenti sarebbe stato come firmare una cambiale in bianco, ecc. Ora mi sembra che il cons. Corsini, facendo queste sue affermazioni, abbia esagerato. E la conferma di quanto sto affermando io credo di trovarla proprio nel verbale della commissione dei capigruppo della seduta dell'8 novembre, che egli cita a sostegno della sua tesi, ma che io ritengo serva a sostegno della tesi che la Giunta regionale ha operato nella maniera più corretta nei confronti degli impegni che ha assunto con i capigruppo. Ora il cons. Corsini, a pag. 8, propone l'istituzione della commissione di natura decisionale. Poi ricorda come per l'art. 10, a suo tempo, è stata creata una commissione che aveva carattere decisionale o quanto meno il cui parere era vincolante, e quindi ritiene che anche in questo caso si possa agire nello stesso modo. Il Presidente Dalvit risponde al cons. Corsini, dicendo che le sue proposte vanno senza

altro accolte, riservandosi soltanto di esaminare più attentamente gli aspetti procedurali. Poi ricorda che la commissione consultiva è stata istituita anche per l'art. 10. Ciò comporta

CORSINI (P.L.I.): Per la legge 31!

SANTONI (D.C.): Per la legge 31 che ho qui davanti, ecc.

Poi ricorda che ciò comporta evidentemente una corresponsabilità sul piano amministrativo, che la Giunta può accettare, perchè, come si è detto prima, ci sono i precedenti. « Questi - io non c'ero a quelle sedute di commissione », per cui io *pro veritate* devo citare il verbale che ha citato anche il cons. Corsini - questi sono aspetti formali, per i quali la Giunta non pone pregiudiziali, ma ciò non dovrebbe impedire ora di poter scrivere una lettera impegnativa alle banche per le operazioni di credito, che potrebbero essere immediatamente attuate ». Questo ha affermato il Presidente Dalvit « Intanto è necessario avere il *placet* dei capigruppo - continua il verbale. Poi - prosegue la dichiarazione del Presidente Dalvit - potrà essere predisposto il provvedimento legislativo - e qui mi pare sia il problema - che contenga i lineamenti che qui sono stati descritti e richiesti ». Cioè potrà essere predisposto il progetto di legge che tenga conto della proposta della commissione consultiva con poteri particolari, proposta dal cons. Corsini. In linea di massima, quindi, d'accordo col cons. Corsini di accettare la commissione. Ora, il richiamo alla legge 31, circa l'utilizzo dei fondi dell'art. 10, è un richiamo che conferma perfettamente la buona fede della Giunta regionale in merito a questa commissione. La commissione avrebbe dovuto essere istituita non in sede politica, per

esaminare preventivamente le pratiche su cui la Giunta regionale si impegnava a dare i contributi, perchè abbiamo visto che la procedura sfuggiva completamente anche all'istruttoria della Giunta regionale e non c'era nessuna discrezionalità e non c'era possibilità di discutere se accogliere o meno la domanda del Tizio o del Caio, perchè il presupposto era che fosse alluvionato, nè si poteva discutere sull'entità dell'interesse, perchè l'interesse era per tutti del 5%. Per cui evidentemente la commissione di cui parlava il cons. Corsini poteva avere un suo significato, non conoscendo in quel momento esattamente quello che conosciamo oggi su come sono andate le cose, l'effettivo andamento dell'istruttoria; poteva avere un suo significato, ma era il significato di una commissione da stabilire con legge, nel momento in cui la Giunta regionale avesse portato al Consiglio la sanatoria di quei provvedimenti. Ora la legge 31 stabilisce i poteri di questa commissione, che però doveva amministrare un fondo per il quale c'era ampia discrezionalità di manovra, perchè i contributi potevano essere accordati in misura non superiore al 50%, per cui dall' 1% al 50% c'era possibilità effettivamente di fare una politica in quella commissione; è inutile che mi dilunghi nel spiegare questo. Ora voglio dire che l'argomento citato dal cons. Corsini, cioè la legge 31, è un argomento che testimonia in modo assolutamente inequivocabile la perfetta correttezza della Giunta regionale nel momento in cui non ha fatto la commissione. Ora io dico di più, dico di più perchè mi richiamo a quanto ha detto Spögl: se volessimo fare oggi la commissione consultiva di cui ha parlato il cons. Corsini, nulla vieterebbe che noi la facessimo. Ma sarebbe veramente un prendere in giro il Consiglio regionale, perchè ormai tutti i fondi che erano da

amministrare, sono stati amministrati, ed è assolutamente . . .

CORSINI (P.L.I.): Nessuno lo domanda!

SANTONI (D.C.): Ecco, nessuno lo domanda.

Perchè ormai non c'è più da amministrare, nè c'è più da decidere niente. Tutto quello che è stato fatto merita una sanatoria. E dirò di più: tutta questa argomentazione era stata fatta dall'assessore Segnana in commissione industria, quando è venuto a dirci le ragioni per cui la Giunta regionale aveva ritenuto di dover stralciare dal disegno di legge la parte della commissione che l'assessore competente aveva proposto. Ora il discorso per me è da fare in questi termini: questa legge che noi stiamo facendo è una legge di sanatoria, è una legge di sanatoria che sana delle situazioni che sono già evolute, perchè mi sono informato presso gli istituti di credito e mi dicono, per esempio la Cassa di risparmio, che su un miliardo 370 milioni di mutuo che ha fatto, 1 miliardo e cento sono già stati trasferiti sulla legge 1142, che è più favorevole, perchè è una legge che consente la garanzia da parte dello Stato, dieci anni per il rimborso e poi, con la legge successiva, l'abbattimento dell'interesse all'1%. Questa è la legge che sana delle situazioni già maturate per i primi sei mesi, per i primi otto mesi, per i primi dodici mesi, e che dovrà essere rifinanziata per la parte di mutui che rimarrà in essere. Però già il suo scopo l'ha raggiunto con la tempestività con cui è stata emessa ed è stato raggiunto con la fiducia che ha potuto creare nelle categorie interessate, uscendo al momento più opportuno. Ora io voglio interpretare la presa di posizione del cons. Corsini, come un equivoco; infatti egli pensava che la commissione da farsi doveva essere una commissione politica che doveva assi-

stere la Giunta in quel momento, ma la commissione c'era già, perchè i capigruppo si sono riuniti quattro volte e in quella sede una serie di riunioni si sono fatte . . .

CORSINI (P.L.I.): Mi scusi se la interrompo: ho parlato ieri sera di organo straordinario. Che equivoco?

SANTONI (D.C.): Ma stabilito in base alla legge o stabilito per un accordo politico con la Giunta regionale? Perchè il richiamo alla legge n. 31 dell'art. 10 esclude categoricamente che questo sia stato il pensiero del cons. Corsini: che si voleva una commissione che aveva determinati poteri fissati dalla legge. Abbiamo visto che la legge, se la mettiamo adesso, non ha significato, questa è la ragione per cui non si è fatta la commissione, senza far grossi scandali. Questo per la parte relativa all'intervento del cons. Corsini di ieri. Il disegno di legge poi che stiamo esaminando, mi pare che rispetto a quello inizialmente proposto dalla Giunta abbia delle piccole varianti, relativamente alla garanzia sussidiaria che la Regione può dare entro i limiti di 20 milioni per questi operatori che non sono in grado di garantire direttamente. Mi pare che sia una correzione opportuna, tenuto conto proprio di quello che ho detto prima: dei trasferimenti già in gran parte avvenuti sulla legge 1142 dello Stato, per cui se prima c'erano 180 milioni per garantire le operazioni, essendo passato un miliardo e cento su un miliardo e 400 circa dall'altra parte, viene a mancare il fondo di garanzia. Se vogliamo che il sistema della legge resti in piedi, è evidente che questa correzione fatta dalla Giunta era una correzione opportuna. E' un fondo *una tantum*, evidentemente, credo che non dovrebbe ripetersi negli anni successivi, che dovrebbe sostituire queste garanzie.

Ecco, concludendo io volevo dire soltanto queste poche cose nel merito della legge, queste poche cose sulla aderenza della Giunta regionale agli impegni che aveva assunto, e per dare atto alla Giunta regionale di aver operato bene e tempestivamente. Io a questo proposito voglio dar atto anche, nel momento in cui riconosco alla Giunta regionale di aver fatto bene e presto ai gruppi consiliari di aver dimostrato in quell'occasione un grande senso di responsabilità e un grande spirito di collaborazione. Un senso di responsabilità, uno spirito di collaborazione, una volontà di operare per il bene delle popolazioni colpite, che non dovrebbe venire incrinato da processi del tipo di quelli che si è tentato di fare in quest'aula. Credo che la dolorosa esperienza alluvionale ci abbia insegnato come in occasioni eccezionali sia possibile ritrovare una superiore unità di propositi al di sopra anche delle differenziazioni ideologiche. Questo io credo che sia un valore morale, un patrimonio di questo Consesso, di questo Consiglio regionale, che noi dobbiamo conservare, dobbiamo conservare per noi e per le nostre popolazioni, e che sarebbe colpevole avvilito con polemiche difficili di lana caprina. Le nostre popolazioni hanno visto che in momenti difficili il Consiglio regionale opera all'unisono per cercare di trovare delle soluzioni nell'interesse di tutti. Ora non vorrei che una sterile polemica che si perdesse in processi procedurali, potesse far venir meno da parte delle popolazioni nei nostri confronti, non nei confronti della Giunta regionale, ma nei confronti di tutto il Consiglio, di tutti gli eletti, di tutti i consiglieri regionali che rappresentano la Regione, potesse far venir meno questo senso di fiducia che in quei momenti noi siamo stati in grado di dare alle popolazioni. E' per questo che io dico che è opportuno che andiamo velocemente verso l'approvazione del disegno di

legge e che cerchiamo di salvare un patrimonio ideale, che quella dolorosa esperienza ci ha consentito di acquisire, che è patrimonio non della Giunta, ma è patrimonio di tutto il Consiglio.

PRESIDENTE: La parola al cons. Gouthier.

GOUTHIER (P.C.I.): Io ho ascoltato con interesse l'intervento del collega Corsini e adesso quello del collega Santoni, e mi sembra di poter dire che dalle parole del cons. Santoni venga fuori una grossa contraddizione. C'è stata un'aggiustatura finale, un osanna al «vogliamoci bene, siamo stati bravi, continuiamo a essere bravi tutti assieme e mostriamoci belli davanti alle popolazioni». E questo in un certo senso ha rimediato allo sperticato elogio fatto alla Giunta regionale di aver agito tempestivamente e bene, di aver fatto tutto, di aver fatto tutto però senza essere intervenuta nella assegnazione, perchè non c'erano poteri discrezionali, perchè han fatto tutto le banche. Allora io non vedo questo grande...

SANTONI (D.C.): (*Interrompe*).

GOUTHIER (P.C.I.): Ecco, va bene, ci mancherebbe altro che la Giunta regionale non avesse fatto neanche quello; era stato deciso con la riunione dei capigruppo di inviare la lettera e di aprire la possibilità. Ma io non vedo questa enorme tempestività, questa enorme assunzione di responsabilità che c'è stata nel momento della riunione con tutti i rappresentanti del gruppo, quando si riconosce che in luogo della Giunta hanno deciso i direttori delle banche.

SANTONI (D.C.): Messi in moto dalla Giunta!

GOUTHIER (P.C.I.): Messi in moto dalla Giunta, va bene. Ma, collega Santoni, il potere decisionale, qua è stato detto chiaramente, chiaro e tondo, è stato assunto dai direttori delle banche. Io intendo spendere poche parole su questa questione della commissione, non perchè sia una questione di lana caprina, non perchè sia una questione puramente procedurale, ma perchè è una questione che può diventare sostanziale coll'andare del tempo e può avere un peso non trascurabile nei rapporti tra partiti di maggioranza e di minoranza, tra Giunta e minoranze. Qual era il fondamento di questa richiesta? E' inutile che oggi si cerchi di travolgere il significato dei verbali, perchè i verbali parlano chiaro: la richiesta fatta dalle minoranze subito dopo la catastrofe alluvionale era tesa appunto a creare attorno alla Regione, attorno al Consiglio regionale, l'unità di tutte le popolazioni: era diretta a far sì che attorno agli organismi elettivi, al masimo organismo elettivo della Regione, si creasse quel senso di fiducia, di comprensione reciproca, diretto a procedere soprattutto rapidamente e al contempo democraticamente per evitare non solo il sorgere di abusi, ma financo il sospetto del sorgere di abusi, di preferenze, e così via. Questa era la ragione, il significato della richiesta delle minoranze, accolta esplicitamente dal Presidente della Giunta regionale Dalvit; e per rendersi conto di questo, basta leggere il verbale di quella riunione dei capigruppo, a pag. 9, cosa che ha fatto il collega Corsini ieri. Si dice che le cose hanno spinto, nel senso di rendere superata nei fatti questa commissione. Il minimo che la Giunta regionale o il Presidente della Giunta regionale doveva fare, se effettivamente questa commissione, già esplicitamente accettata, era superata, era quanto meno quella di provocare una nuova riunione dei capigruppo per aggiornarli sullo sviluppo della situazione, per dir loro

in buone maniere: signori miei, la procedura si sviluppa in questo modo, sono le banche che decidono, di questa commissione non ne facciamo più niente. Ripeto: questo era il minimo di correttezza, che dopo una decisione formale il Presidente della Giunta avrebbe potuto e avrebbe dovuto fare, ed è quanto meno strano che questa procedura venga conosciuta dal Consiglio a tanti mesi di distanza e, ripeto, venga rivelata così dall'alto, quasi per respingere una accusa che viene definita pretestuosa e appunto di lana caprina. Sarebbe costato molto poco, penso, alla Giunta, all' esecutivo, rendere edotti i capigruppo di questa situazione. E poi il dire che in sostanza decidevano i presidenti, i direttori delle banche, mi sembra che sia una cosa giustificabile da un punto di vista di esigenza di rapidità e di tempestività di intervento, ma, ripeto, scarsamente giustificabile in ordine e in rapporto agli impegni che erano stati formalmente assunti dalla Giunta. E al limite noi ci possiamo chiedere: ebbene, l'assessore e la Giunta che ci stanno a fare se la loro funzione era quella di ridursi a porre dei visti e quanto deciso in altra sede? Questa è una domanda non puramente retorica, ma, ripeto, sostanziale, perchè è evidente che la Giunta, nell'assegnazione di questi aiuti, deve pur fare o dovrebbe pur fare una politica, perchè chi va alle banche, chi ottiene subito dalle banche — qui non voglio avanzare nessun sospetto — ma è evidente, in linea di principio si può supporre che chi riceve subito dalle banche prestiti, benestari, mutui e così via, sia il più forte, sia l'azienda che ha maggiori disponibilità economiche e finanziarie, in grado di dare subito le garanzie idonee a coprire il mutuo. Ebbene, proprio in base a questa considerazione il nostro gruppo avrebbe desiderato che la legge, nel suo meccanismo, avesse tenuto presenti le esigenze in particolare dei

piccoli e dei medi commercianti, là dove la legge prevede un aiuto e un sostegno indiscriminato. Noi tuttavia avanziamo riserve sulla procedura che è stata seguita, riserve che non vengono meno per le osservazioni e per le obiezioni che sono state fatte dai banchi della maggioranza, obiezioni che sono palesemente giustificatorie e che in sostanza non giustificano niente. E' evidente che noi valuteremo la parola che verrà data dalla Giunta, in un modo molto meno rigido e con molta meno fiducia di quanto facevamo nel passato; c'è stata un'eccessiva leggerezza, ripeto, nello scavalcare e nel non ottemperare a impegni formalmente presi. Per quanto riguarda il merito, ripeto, noi avremmo voluto una maggiore considerazione per i piccoli commercianti. Tuttavia siamo consapevoli che di fronte a una catastrofe di carattere nazionale come quella che ha colpito la Regione così duramente, l'esigenza era quella di intervenire tempestivamente. E quindi per il merito sostanzialmente ci dichiariamo d'accordo.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola in discussione generale? La parola al cons. Pruner.

PRUNER (P.P.T.T.): Signor Presidente, questo disegno di legge veramente atteso da tanto tempo, è uno di quei provvedimenti che entrano a far parte del grande numero di provvedimenti pro alluvioni che meritano considerazione e senz'altro, come è stato anche espresso da vari consiglieri, apprezzamento positivo almeno da parte di chi parla, della nostra parte politica. Non sappiamo effettivamente se i provvedimenti concreti, contenuti nel disegno di legge che stiamo esaminando, abbiano corrisposto, come avrebbero dovuto corrispondere. Abbiamo sentito dalla voce del cons. Santoni, che la Giunta regionale ha operato in una ma-

niera corretta nei confronti degli interessati alluvionati e mi auguro che sia così, non ho nessuna ragione per dubitarne minimamente. Penso che anche attraverso gli altri provvedimenti legislativi governativi e attraverso tutte le operazioni amministrative provvisorie che sono state svolte a favore degli alluvionati, lo stesso discorso possa ripetersi; me lo auguro, ne sono convinto. Ciò nonostante mi sento in dovere di esprimere alcune riserve e fare alcune osservazioni in merito a tutta la politica che è stata svolta fino adesso dalla amministrazione regionale nel settore interventi pro alluvionati. Nel caso specifico del disegno di legge n. 89 abbiamo già sentito da vari oratori che mi hanno preceduto quale è la fondamentale carenza che è stata indicata, carenza di ordine politico, direi, nient'altro che politico. Sappiamo con quale entusiasmo e con quale preoccupazione, innanzi tutto, e con quale buona volontà ed entusiasmo i capigruppo si sono riuniti qualche giorno dopo le calamitose giornate del novembre, per trovare una strada, per indicarsi a vicenda qualche soluzione di intervento nel momento drammatico. Conosciamo quali sono stati gli impegni, senza andare a leggere e rileggere i verbali, impegni che ci siamo assunti così, provvisoriamente, anche frettolosamente, sempre con animo preoccupato per quelle che erano le vicende di quei giorni. E mi richiamo in particolare all'impegno che è stato preso, vicendevole impegno — non so se necessario, forse tutto quanto il lavoro che abbiamo svolto in quei giorni era superfluo — l'impegno di tenere conto dei suggerimenti e delle istanze che i rappresentanti dei vari gruppi politici, dei cosiddetti capigruppo presenti, avanzavano nel merito del problema delle alluvioni e dei danni da esse provocati. Questo impegno era chiaro, non so se riferito a una commissione che doveva essere considerata nel futuro provvedimento legislati-

vo, che sarebbe nel caso specifico quello che stiamo esaminando oggi, il n. 98 o il 90 o il 93 che seguirà e che sarà portato in Consiglio regionale per l'esame, non so e non voglio nemmeno leggere il verbale per vedere se si trattava di una commissione consultiva per l'esame delle singole domande, tipo quella prevista dalla legge 31, o se si trattava invece di una commissione consultiva di ordine generico, preventivo, di consultazione per quanto riguarda la impostazione o i criteri che dovevano essere seguiti in via di massima, sotto il profilo politico ed amministrativo e poi legislativo per coordinare una certa politica di intervento per i danni alluvionali; comunque era stata presa seriamente la decisione di continuare sulla strada di interpellare o di tenere conto dei punti di vista dei vari rappresentanti politici presenti in quelle due o tre sedute che hanno lanciato le prime idee di intervento in fatto di danni alluvionali. Ed è per questo che noi diciamo che non entriamo nel merito. Il disegno di legge n. 89 è utile è necessario, è perfetto; quello che è stato fatto sarà altrettanto utile e sarà altrettanto perfetto, sotto la forma amministrativa e anche finanziario-economica. Non altrettanto dirò dei prossimi disegni di legge, non altrettanto potrò dire di quelli, ma questo per me è indovinato. Ciò nonostante devo rimarcare, sotto l'aspetto esclusivamente politico, che non è stata mantenuta fede ad una promessa fatta in quei momenti: tenere conto di quelli che sono i suggerimenti degli altri partiti politici, era una volontà politica che era stata espressa unanimemente da tutti e che dalla Giunta era stata condivisa, una volontà politica quindi della maggioranza, che teneva conto della minoranza, delle opposizioni. E quindi non è un qualche cosa di equivoco quello che è sorto in quei giorni. Non sarà stato qualche cosa di chiaro, d'accordo, perchè non si poteva andare a chiarire quali sarebbero

stati in quei giorni i contatti, la frequenza, gli ordini del giorno, gli orari in cui ci si doveva trovare per discutere o i tempi in cui ci si doveva trovare per discutere gli ulteriori sviluppi delle varie provvidenze che si andavano mano a mano prendendo a favore del settore danneggiato dalle alluvioni; ma l'impegno politico era implicito ed era quello di sentire ogni tanto e comunicare alle parti politiche ivi presenti gli sviluppi che man mano si delineavano. Questa è l'unica osservazione che noi facciamo, e la facciamo con estrema franchezza e convinzione di dire sinceramente quello che è stato l'iter di una procedura, per provvedimenti che manifestavano urgenza e che interessavano una gran parte della popolazione danneggiata dalle alluvioni e che da noi attendeva chiarimenti. In quei momenti poter dire quali pressappoco erano le linee, le direttrici che si delineavano a favore di queste popolazioni, sarebbe stato utile. Sarebbe stato utile anche qualche mese fa da parte nostra saper quale era la posizione che la Regione andava assumendo e l'amministrazione regionale andava assumendo. Per noi, lasciate che ve lo dica sinceramente, era una menomazione della nostra personalità di rappresentanti politici di opposizione, ai quali era stato garantito ad un certo momento la corresponsabilità — è l'esatta definizione che è stata assunta in quel tempo — corresponsabilità che poi è sfumata. Questo è sotto il profilo politico quanto a noi dispiace: dispiace non per noi, ma dispiace per il fatto che in effetti non abbiamo potuto contribuire nemmeno nel suggerire valide direttive, non dico del disegno di legge n. 89, ma degli altri due disegni di legge che seguono, che riguardano in particolar modo l'industria, dove sono state assunte delle impostazioni che non potremo condividere. Nemmeno pensiamo di poter condividere quanto è stato detto ieri sera — io ero assente per qualche breve tempo; non

so se sia stata data una risposta di questo genere da parte della Giunta o da parte di un consigliere di maggioranza — che la commissione ormai non ha più nessun valore; se si dovesse inserire la costituzione di una commissione nel presente disegno di legge ormai la cosa non avrebbe nessuna pratica rilevanza, mentre invece forse avrebbe potuto avere una certa importanza, se questa commissione fosse stata costituita qualche tempo addietro. Io avendo preso qualche informazione in merito alla situazione delle varie domande e alla posizione che hanno assunto queste varie domande nell'*iter* amministrativo delle stesse, mi sembra di aver potuto arguire che esse non sono ancora completamente perfezionate e che la Regione non faccia semplicemente con questo disegno di legge una sanatoria *sic et simpliciter* di uno stock di domande, ma che effettivamente intervenga o possa ancora intervenire sia nel merito, nella sostanza effettivamente, e nelle decisioni delle domande stesse. Sicchè vorrei concludere che una commissione consultiva potrebbe ancora costituire un certo valore. Se questo fosse, io mi assocerei alla richiesta fatta a suo tempo dai vari altri componenti il collegio dei capigruppo e alle voci che si sono alzate in quest'aula per caldeggiare la istituzione di una commissione e per introdurla in questo disegno di legge. Se invece tutto dovesse essere già pregiudicato o definito in maniera perfetta, la cosa non avrebbe più alcun valore, se non quello di una protesta politica in fatto di mancato rispetto di un accordo preso in un collegio di capigruppo che ha un determinato valore e merita un certo rispetto da parte di chiunque.

PRESIDENTE: La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Io non ritornerò più su quello che è stato ritoccato e ridiscusso ancora qui questa mattina da parte di altri colleghi, a proposito del caso che io ho sollevato ieri e che mi pare sia stato condiviso, in sostanza, sicuramente da tutti i gruppi di minoranza, che erano evidentemente gli interessati, perchè i gruppi di maggioranza, interesse in questa faccenda non hanno, essendo direttamente rappresentati in Giunta, e anche in parte da quelle che sono state le dichiarazioni del collega della S.V.O., che mi sono fatto un poco riassumere, perchè non ho sentito direttamente, ma che pure ha prospettato la possibilità anche attuale della utilità di questa commissione consultiva. Io resto fermo nella mia opinione ieri espressa, che la Giunta regionale non abbia potuto giustificare questo suo atto di dispregio verso i gruppi politici che pure essa aveva convocati e chiamati alla corresponsabilità, se non attraverso la giustificazione che le cose ormai sono fatte e che, si dice, non ci sarebbe stata discrezionalità di intervento da parte della Giunta regionale, per cui la commissione che era stata richiesta e che era stata accettata non avrebbe avuto, in sostanza, altra possibilità che quella di prendere atto della situazione esistente. E' stato detto che tutti sono stati accontentati, che malumori o lamentanze non ce ne sono state — queste sono state le affermazioni del Presidente della Giunta — e che perciò, caso mai, si tratta di un fatto di natura politica, sul quale naturalmente la maggioranza mantiene la sua opinione; addirittura abbiamo sentito lodare la Giunta perchè non ha mantenuto questi suoi impegni, ma che in se stessa la cosa deve essere considerata superata. Io lascio stare l'aspetto politico della questione e voglio invece entrare nel merito delle cose stesse. Io non credo che la Giunta non abbia — e se non l'ha fatto ha fatto male — non abbia dovuto operare anche

con un criterio di scelta nei propri interventi, perchè qui, signor assessore, noi impieghiamo del danaro pubblico con una precisa finalità, che è quella di aiutare i colpiti delle alluvioni, in questo caso del settore commerciale, a riparare i danni delle alluvioni stesse. Impieghiamo una somma di danaro tutt'altro che indifferente — verrò poi specificando le varie ipotesi e le varie possibilità — impieghiamo una somma tutt'altro che indifferente di danaro pubblico che deve essere devoluto a quel determinato fine e solo a quel determinato fine. Ora se la Giunta veramente ha fatto quello che ha detto ieri il signor Presidente, e l'ha detto per trarsi dall'imbarazzo e dall'impiccio di fronte ai miei rimproveri — e se mi si consente una parentesi vorrei dire al « Dolomiten »: non sono geremiadi, son tutt'altro che geremiadi. Il Dolomiten che è stato così interessato nel momento in cui si parlava della questione dei diritti di pesca, non ha trovato che quelle fossero geremiadi, perchè lo interessava direttamente, trova che sono geremiadi queste che sono questioni di estrema importanza invece, nell'uso del danaro pubblico; chiudo la parentesi — se la Giunta ha fatto quello che ha detto ieri il signor Presidente della Giunta, ha fatto indubbiamente male. Perchè il concorso in conto interessi, che la Giunta si apprestava a dare e si appresta a dare con questo disegno di legge, deve essere commisurato esclusivamente al volume del mutuo necessario per riparare i danni delle alluvioni. L'interessato che si rivolge all'istituto bancario a domandare un mutuo di 30 milioni o di 35 milioni, si trova di fronte un interlocutore che guarda le cose con criterio e con un occhio diverso. All'istituto bancario concedere 30 o 35 milioni di prestiti — perchè si tratta di prestiti, domando scusa, non di mutui — non ha nessuna importanza, se non dal punto di vista

di ottenere quelle determinate garanzie e il giudizio sulla possibilità dell'interessato a pagare entro i 42 mesi. Ma se erano sufficienti i 30 milioni, invece che i 35, dato che noi concorriamo con il tasso di interesse del 5% costante su questi prestiti accesi, questo doveva essere un elemento di valutazione da parte della Giunta e non lasciare, non rinunciare a questo diritto di valutazione e lasciare che il giudizio venisse fatto soltanto dagli istituti di credito. E perciò quando si dice che non c'era discrezionalità, non bisogna intendere che la Giunta non avesse il dovere di fare queste valutazioni. E perchè queste valutazioni venissero fatte con il consenso di tutto l'Organo legislativo, a cui allora si è domandata una delega in bianco, noi domandavamo la istituzione di questa commissione con poteri decisionali. Qui c'è una grossa contraddizione da parte della Giunta regionale, perchè se per sfuggire al rimprovero di natura politica si dice che semplicemente ha preso quelli che sono gli elenchi di coloro che hanno acceso il mutuo, ha controllato semplicemente se le aziende erano danneggiate dalle alluvioni o meno, e poi non ha fatto una valutazione di merito sul volume di prestiti sui quali concedere il concorso regionale, allora — mi dispiace dirlo, signor assessore, anche lei è responsabile in questo — ma allora voi vi siete svestiti semplicemente di quelli che erano vostri diritti e vostri doveri. Se così è, avete peccato in questo senso; se così non è, avete peccato nell'altro senso, perchè allora, chiamatela discrezionalità, chiamatela possibilità di giudizio e di valutazione, qualche cosa la Giunta da fare aveva. Questo per conto mio è una delle prime osservazioni nel merito della legge stessa, che si riallaccia, in sostanza, a quello che ha detto poco fa il collega Pruner. Se le cose sono ormai avvenute e questa valutazione non è stata fatta, va bene, ormai la Giunta si è assunta questa responsabi-

lità e non ha voluto che altri vedessero all'interno delle cose; li ha tenuti lontani, dimenticandosi gli impegni presi. C'è un'altra questione nel merito della legge stessa. Quando noi, in quella riunione dei capigruppo, anzi nella riunione successiva, nella riunione dell'11 novembre, avevamo dato, in sostanza, il nostro benestare per tutta questa operazione, l'operazione alla quale abbiamo dato il benestare era, signor assessore, completamente diversa da quella che è l'operazione che viene messa in atto con questo disegno di legge. Lei ricorda che io subito ho scritto a lei, e per conoscenza all'on. Presidente della Giunta regionale, in data 3 dicembre 1966, non a cose fatte, ma nel momento in cui si poteva ancora restituire sulla corretta via, per la quale ci avevate domandato il lasciapassare, intervenendo immediatamente a richiamare la vostra attenzione, perchè ci avete chiesto il benestare per una cosa e invece ne state facendo un'altra. E quello che avete fatto non potete dire che è stato di soddisfazione dei commercianti, questo no, perchè molte lamentele — molte... non posso mica dire a migliaia — diciamo alcune lamentele degli stessi commercianti, sono arrivate anche fino a noi. Qual era stato il congegno che lei stesso, signor assessore, aveva esposto in quelle sedute dei capigruppo? Un congegno per cui il fondo di garanzia avrebbe dovuto essere costituito dalla Regione stessa, con la differenza tra l'interesse scalare da devolversi all'interessato, cioè di cui l'interessato avrebbe dovuto fruire, e l'interesse costante che la Regione avrebbe invece versato agli istituti di credito. Abbiamo fatto numerosi calcoli, con la presenza dell'ottimo dott. Mauro, ragioniere capo della Regione, che aveva anche ipotizzato i vari casi, le varie possibilità. E' certo che quello a cui abbiamo dato il nostro consenso era un'operazione di questo tipo: la Cassa di risparmio di Trento e di Ro-

vereto e la Banca di Trento e Bolzano avrebbero messo a disposizione un volume di circa un miliardo 700 milioni di lire, al tasso del 5,50% e che la Regione sarebbe intervenuta con un contributo in conto interessi del 4,75 scalare a favore dell'interessato e del 4,75% costante a favore dell'istituto di credito. Questo risulta anche dai verbali. La differenza tra il 4,75 scalare e il 4,75 costante sarebbe andata alla costituzione di un fondo di garanzia previsto sui 95 milioni, volume che, come lei stessa ebbe a dire e a dichiarare in quella riunione, non era molto lontano da quello richiesto dagli istituti di credito. Secondo i dati forniti dal dott. Mauro, dopo che io avevo fatto la proposta di coprire comunque in modo sufficiente il fondo di garanzia per evitare di chiamare gli interessati a dover contribuire al fondo di garanzia o di mettere qualcuno nella impossibilità di accendere il prestito perchè non aveva garanzie reali da concedere, io avevo fatto la proposta di salire fino al 5% costante. Il dott. Mauro aveva fatto immediatamente i calcoli, e ne era disceso che versando la Regione il 5% costante agli istituti di credito e il 4,75 scalare a favore degli interessati, si sarebbe raggiunto l'accumulo di un fondo di garanzia di 7 milioni e mezzo nell'esercizio '67, 33 milioni e mezzo nell'esercizio '68, 71 milioni e mezzo nell'esercizio '69, in modo da portare il fondo di garanzia in tal modo a 112 milioni e mezzo, dopo che lei aveva dichiarato che quei 95 milioni che risultavano dalla differenza fra 4,75 scalare e 4,75 costante, non erano molto lontani dalle necessità di un fondo di garanzia accettato anche dagli istituti di credito. L'operazione complessiva sarebbe costata alla Regione, sulla base del 5% costante, 150 milioni nell'esercizio '67, 100 milioni nell'esercizio '68, 100 milioni nell'esercizio '69, per un totale di 350 milioni. Nella seduta dell'11 novembre, cui ci si riferisce, era stato conve-

nuto che la Regione concorresse fino al 5% costante, e questo « fino » era stato inserito per un intervento, lo ricordo esattissimamente, del collega Nicolodi, il quale m'aveva fatto osservare che era inutile che noi dicessimo « il 5% », se magari tenendosi anche di qualche frangia al di sotto si poteva raggiungere la costituzione del fondo di garanzia in modo sufficiente. Fino al 5% costante, mantenendosi, se possibile, al di sotto, ma in modo tale da rendere possibile comunque la costituzione del fondo di garanzia necessario. A questa proposta avevano dato l'adesione tutti i presenti, Giunta compresa. Si era inoltre dato incarico alla Giunta regionale, proprio su suo suggerimento, e in particolare all'assessorato competente, di sollecitare l'intervento degli stessi istituti di credito e della Camera di commercio. Si era fatta persino la cifra: un 10 milioni la Camera di commercio potrebbe ammannirli per la costituzione di questo fondo di garanzia, al fine di aumentare, se necessario, il costituendo fondo di garanzia di 112 milioni e mezzo, con la differenza, così come risulta dalla differenza fra il 5% costante e il 4,75% scalare. Poi noi siamo stati esclusi dalla vicenda. Da quel momento, pur essendo stati interessati a dare il nostro benestare preventivo su un disegno di legge che doveva avere queste caratteristiche, noi siamo stati esclusi dalla vicenda e il resto l'abbiamo appreso dalla stampa. Abbiamo appreso dalla stampa che cosa? Che è stata fatta una riunione dei commercianti, per ottima iniziativa dell'Associazione commercianti stessi, e che in questa riunione, su proposta non so di chi, è stato domandato ai commercianti: voi sareste disposti a rinunciare al 5% *una tantum* dei prestisti che avrete acceso nel momento in cui la cosa fosse stata possibile, perchè con questo 5% a cui voi rinunciate, si costituisca il fondo di garanzia? E si dice qui che gli interessati hanno dato il loro as-

senso. Certo che l'hanno dato il loro assenso, ed è evidente. Cosa dovevano fare d'altro, signor assessore? Dovevano opporsi alla rinuncia di questo 5% sul volume complessivo preso a prestito e vedere magari compromessa la operazione e la rapidità della operazione che ad essi stava indubbiamente e giustamente a cuore? Hanno inghiottito, è ben evidente che hanno dovuto inghiottire. Però la cosa non è passata inosservata, e non è passata priva di qualche preoccupazione o priva di qualche critica, tanto più se si tiene presente che questo 5% a cui hanno dovuto rinunciare e lasciare, per dir così, in deposito, è, comunque si guardi, qualche cosa di importante e di rilevante, sia che si tratti di prestiti di un grosso volume, perchè allora la fetta che si diffalca è grossa, sia che si tratti di prestiti di un piccolo volume, perchè quando uno prende 500 mila lire a prestito, il vedersi tagliare anche qualche biglietto da mille su quella piccola somma di cui ha bisogno, può essere effettivamente grave. C'è poi un'altra considerazione che alcuni commercianti hanno fatto, ed è questa: sul se e sul quando avranno in restituzione questo 5% che è stato ad essi detratto. E la cosa diventa ancora più assurda, perchè nel momento in cui noi riteniamo di dover dare immediatamente, perchè immediatamente si possa riparare ai danni delle alluvioni, in quello stesso momento riconosciamo che hanno bisogno, supponiamo di un milione, ma da questo milione traiamo anche questa piccola fetta del 5%. Questo comunque non era quanto era stato convenuto con i capigruppo. I capigruppo non avevano dato nessun assenso ad un'operazione di questo tipo; i capigruppo avevano dato l'assenso a quel tipo di intervento che ho prima delineato, delineato sulla base dei verbali e rileggendo in parte quella lettera che il 3 dicembre, a nome del gruppo liberale, io avevo mandato. Vede,

questo è un altro dei fatti che ci portano adesso, non più per un motivo di natura politica e di rapporti tra legislativo ed esecutivo, ma proprio nella sostanza delle cose, a doverci lamentare: lamentare perchè voi ci avete carpito l'assenso su un qualche cosa che poi è stato fatto in un modo diverso da quello che noi avevamo approvato in quella seduta. Io chiudevo quella lettera dicendo che di fronte a questa nuova situazione, il gruppo liberale riprendeva la propria libertà di azione in Consiglio e la pregavo di fornirmi, a voce o per iscritto, i chiarimenti necessari che lei molto cortesemente e tempestivamente mi ha fornito. Comunque io sono convinto che il congegno da voi messo in atto non era l'*optimum* per la categoria dei commercianti. Ottimo o sicuramente migliore sarebbe stato quel congegno da lei esposto in quella seduta e da noi approvato. Questa legge è una legge peggiorativa, per la categoria dei commercianti, rispetto a quella che noi avevamo preventivato e per la quale noi avevamo dato il nostro assenso. Una legge indubbiamente peggiorativa, anche perchè, dopo aver fatto i calcoli che con il 5% costante si sarebbe finito per poter costituire il fondo di garanzia, vediamo in questo disegno di legge che la Regione si assume ugualmente l'onere del 5% costante, e per di più il fondo di garanzia è fatto a carico e a spese degli interessati. Per cui evidentemente qua i termini non combaciano più, i termini non si adeguano più. Qui abbiamo una legge che costa alla Regione tanto quanto quella massima che era stata prevista nella riunione dei capigruppo e che non raggiunge quegli stessi benefici, quegli ottimali benefici che sarebbe stato possibile raggiungere con la legge da noi delineata in quelle sedute — da lei delineata e da noi approvata — delineata in quelle sedute dei capigruppo. Io non so se abbiamo fatto le cose bene, e non so neanche se abbia-

mo difeso bene il denaro pubblico. Questo glielo devo dire. Guardi, ieri m'è dispiaciuto quando il signor Presidente della Giunta ha parlato di insinuazioni. Glielo ho ripetuto personalmente, glielo ridico qui ancora, il verbale fa testo, quando ieri io ho parlato del modo in cui sono andate le operazioni, ho detto: ammetto che siano andate tutte quante con limpidezza, con chiarezza, con imparzialità; e ho aggiunto qualche cosa di più, ho aggiunto un atto personale di fiducia verso l'assessore. Perciò non si tratta qui di insinuazioni, di nessun tipo e di nessun genere. Ho detto anzi che essendo lei assessore che ha amministrato questa legge, la mia poteva essere anche una fiducia completa. Questo ho detto; non ho fatto insinuazioni di nessun genere, ma devo dire che non abbiamo tutelato con la dovuta diligenza il danaro pubblico.

Io le faccio una domanda precisa — e qui concludo —: lei ha esaminato le pratiche? Quando è venuto il signore e le ha detto: la banca, la Cassa di risparmio mi concede un prestito di 40 milioni, lei ha fatto un accertamento per giudicare se quei 40 milioni erano tutti inevitabilmente indispensabili per riparare i danni alluvionali, o se non si era fatta per caso la cresta su quella che era la somma di base? Perchè le banche in tutta questa operazione, diciamocelo con franchezza, guadagneranno poco, ma guadagnano. E perciò l'interesse dell'istituto di credito, una volta che sa che colui che prende a prestito ha la solvibilità, è quello di concedere 10 milioni di più invece che 10 milioni di meno. Ma non è interesse della Regione dare il contributo in conto interessi a una somma di 10 milioni maggiore di quella strettamente necessaria. L'ha fatto l'assessorato questo accertamento? Se non l'ha fatto ha fatto male; se ha sentito il bisogno di farlo, avrebbe dovuto sentire il bisogno di attivare quella

commissione per la quale vi eravate impegnati. Per cui è inutile parlare di pretestuosità od altro, collega Santoni. Qui le corna del ragionamento non subiscono nessuna possibilità di essere scardinate; in un senso o in un altro, la Giunta non ha fatto quello che doveva fare. Adesso che posizione si può prendere di fronte a questo disegno di legge, signor assessore? Se dovessimo lasciarci condurre soltanto dal giusto risentimento politico, noi dovremmo fare addirittura un gesto clamoroso, dovremmo fare il gesto clamoroso di uscircene dall'aula e non rimanere un minuto di più a discutere un disegno di legge in cui non si sono rispettati gli impegni presi. Varrebbe per quello che varrebbe. La proposta è stata fatta ieri, è stata in parte rinnovata oggi; il significato politico di questa vostra condotta è stato rilevato sufficientemente. Votare contro, non avrebbe neanche nessun significato, dal momento che il Presidente ci ha detto ieri: guardate che questa legge ormai è tutta quanta esaurita; tutto quello che c'era da fare è stato fatto. Sarebbe anche quella una protesta che avrebbe un significato, ma che resterebbe inutile. Dietro le spalle di tutte queste cose c'è la categoria dei commercianti, grandi e piccoli, i quali veramente hanno dato un esempio civico e un esempio di attività che può veramente costituire un orgoglio per noi e per tutta la popolazione trentina. Per essi, non per la Giunta, in riconoscimento di quella che è stata la volontà di ripresa della categoria dei commercianti, grandi e piccoli, per essi il gruppo liberale voterà a favore di questo disegno di legge, ma questa fiducia e questo riconoscimento va esclusivamente alla categoria dei commercianti, non certo alla Giunta che si è comportata in questo modo.

PRESIDENTE: Chi prende ancora la parola? Nessuno. Allora do la parola per ultimo all'assessore.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, inizierò chiedendo prima di tutto scusa al cons. Spögler se durante il suo intervento io mi sono un po' inquietato e l'ho interrotto. Sarebbe veramente cosa migliore il non interrompere quando i colleghi stanno parlando e pertanto io voglio con lui scusarmi, ma voglio anche giustificare questa mia inquietudine, questa interruzione, proprio per il fatto che in quel momento il cons. Splögler stava facendo dei paragoni fra quello che era stato fatto dagli operatori commerciali di Trento e l'atteggiamento invece assunto dagli operatori commerciali di Bolzano, e stava anche mettendo in rilievo una differenza di mentalità rispetto a quella che poteva essere la richiesta da avanzare in occasioni come quelle che abbiamo in questo momento ad esaminare, di fronte all'ente pubblico. Ora io vorrei ricordare al consigliere che le situazioni nelle due province per questa circostanza sono state notevolmente diverse, notevolmente diverse sia per quanto riguarda la gravità dei danni, notevolmente diverse anche per quanto riguarda la necessità di immediata ripresa che si sono manifestate. E anche per poter essere preciso, devo dire che dalla provincia di Bolzano non ci sono giunte delle precise specifiche segnalazioni: dalla provincia di Bolzano, cioè dagli organi della Camera di Commercio o della Giunta provinciale, non ci sono giunte delle denunce di danni specifiche, degli elenchi di danneggiati, e le notizie che sono state assunte, i dati che sono giunti in nostro possesso sono stati il frutto di una indagine sommaria che è stata condotta già qualche settimana dopo l'alluvione, soprattutto per nostra iniziativa, mentre la situazione in modo completamente diverso si è verificata nella provincia di Trento. In provincia di Trento abbiamo avuto subito la presentazione di denunce

chiare e precise, nominative, che hanno reso possibile anche una conformazione immediata del volume dei danni che si erano verificati. E il fatto anche che nel disegno di legge non sia riportata una tabella con l'elenco nominativo dei danneggiati della provincia di Bolzano, è proprio dovuto al fatto che noi non abbiamo avuto una specifica di danneggiati con il loro nome e cognome e con il danno verificato. Abbiamo avuto, come ho detto, soltanto delle denunce generiche dei danni provocati nei singoli comuni. Vorrei qui a questo punto ricordare anche quale è stato il meccanismo di accertamento e di denuncia che si è verificato nella provincia di Trento, che è stata la maggiormente colpita ed è stata anche quella che ha beneficiato maggiormente di questo provvedimento di legge. I commercianti di Trento, a seguito di una riunione che si è tenuta ancora il giorno 7 novembre presso la Camera di commercio, hanno dato l'incarico alla Camera di commercio di effettuare immediatamente degli accertamenti, al fine di poter avere dei dati il più possibile precisi sui danni che erano stati apportati dall'alluvione. La Camera di commercio istituì immediatamente delle commissioni speciali, formate da un funzionario della Camera di commercio, particolarmente esperto nei settori merceologici del commercio di genere alimentari, del commercio di generi vari, ecc., di un tecnico dell'ufficio tecnico comunale e di un esperto di categoria che aveva una particolare preparazione nel campo specifico merceologico delle ditte per le quali veniva effettuato l'accertamento. Ecco quindi che in provincia di Trento, non soltanto nella città di Trento, ma per l'intera provincia di Trento, si è messo in moto un meccanismo di accertamento dei danni e di verifica dei danni, che ha portato ad un rilevamento molto preciso dei danni, ad una eliminazione di tutte quelle frange che poteva-

no esserci in un rilevamento sommario che gli interessati avrebbero potuto fare ancora all'inizio. Quindi questo lo voglio dire anche per giustificare determinate procedure che sono state messe in atto.

Effettivamente il cons. Corsini ci ha fatto una richiesta molto precisa e ci ha chiesto come noi abbiamo potuto garantire che il pubblico denaro potesse avere un impiego giusto e aderente effettivamente ai bisogni delle singole aziende che sono assistite da questi prestiti. Io devo subito rispondere e chiarire quella che è stata la procedura nella presentazione di queste richieste. La procedura è stata la seguente: gli interessati hanno presentato una domanda agli istituti di credito, cioè hanno presentato una domanda su uno schema concordato con la Regione agli istituti di credito, attraverso la associazione dei commercianti, la quale ha in questa occasione assistito per queste operazioni tutti i commercianti alluvionati, fossero essi iscritti o non fossero essi iscritti all'associazione. La associazione dei commercianti ha trasmesso queste pratiche, istruite per la parte fondamentale, alla Camera di commercio, la quale ha rilasciato un certificato attestante il volume del danno che era stato denunciato dal commerciante e che era poi stato verificato dalla commissione, appositamente istituita dalla Camera di commercio. Ecco quindi che le pratiche, le richieste di prestito sono pervenute agli istituti di credito con una documentazione precisa, che dava la possibilità di verificare quella che era stata la denuncia del danno, ma soprattutto di verificare quello che era stato l'esito dell'accertamento del danno compiuto da questa commissione speciale istituita dalla camera di Commercio. Sulle richieste di prestiti presentati ai singoli istituti, gli istituti hanno poi approvato la concessione dei prestiti, devo dire in misura, questo è facil-

mente rilevabile dalle denunce e dagli accertamenti della commissione istituita dalla Camera di commercio, in misura inferiore a quello che era il danno provocato e accertato. Pertanto noi abbiamo avuto da parte degli istituti, e questo lo posso senz'altro confermare e, come ho detto, può essere verificato, abbiamo avuto la concessione di prestiti in misura inferiore a quello che era il danno patito. Di fronte alla istruttoria degli istituti di credito, vi è stata poi una assicurazione data dalla Giunta regionale, nella maniera che è stata prima illustrata dal cons. Santoni, cioè le banche hanno trasmesso alla Giunta regionale l'elenco dei beneficiari del prestito, sui quali la Giunta non ha effettuato alcuna particolare indagine, in quanto riteneva che gli accertamenti sui danni fossero stati effettuati in maniera completa da queste commissioni speciali istituite presso la Camera di commercio. Gli uffici della Presidenza, della ragioneria, hanno apposto soltanto un visto sugli elenchi dei prestiti concessi dalle banche, dando in questo modo l'assicurazione che per i prestiti che venivano concessi in quel momento, vi sarebbe poi stato l'intervento da parte della Giunta regionale, attraverso il disegno di legge che è oggi presentato. Questo è quanto è stato fatto prima che la legge venisse presentata in Consiglio regionale. Ora effettivamente dobbiamo dire che da parte della Giunta regionale non vi è stato un preciso esame delle rispettive pratiche, ma la Giunta regionale si è fidata degli accertamenti che sono stati compiuti dalle Commissioni a cui ho accennato prima. E vi era anche un motivo di ritenere veritieri quegli accertamenti, in quanto le commissioni erano state istituite da un ente pubblico quale la Camera di commercio e di queste commissioni facevano parte degli esperti, sia di carattere merceologico, sia di carat-

tere tecnico, appartenenti, come ho detto, uno alla Camera di commercio, il secondo all'ufficio tecnico comunale e il terzo proveniente dalla categoria come esperto merceologico. Naturalmente la legge non è stata formalmente amministrata, è stata praticamente amministrata, se si vuole, nel senso che le banche hanno già concesso i prestiti e gli interessati hanno la legittima presunzione che su questi prestiti interviene il contributo della Regione. E' logico però che la legge formalmente viene ad essere amministrata dopo l'approvazione di questo disegno di legge, e che le decisioni della Giunta avverranno dopo l'approvazione del disegno di legge. In questo caso potrebbe configurarsi anche la ipotesi di una decisione diversa per volume di concessione del prestito di quanto è stato a suo tempo fatto dagli istituti di credito. E quindi potrebbe anche, da un punto di vista più che altro teorico esistere anche la possibilità di istituire una commissione che dia il proprio parere nella fase istruttoria che dovrà precedere l'emissione del decreto da parte della Giunta regionale. Quindi questo lo Voglio dire anche perchè Voglio anche da questo punto di vista giustificare un po' l'atteggiamento della Giunta. Noi abbiamo amministrato questa legge un po' fidandoci della istruttoria che veniva fatta con quella procedura a cui ho accennato prima e posso dire che vi è anche da parte mia la dimostrazione che non vi è stata cattiva volontà da parte nostra per il fatto che, come ha accennato prima il cons. Santoni, io quando ho presentato alla Giunta regionale il disegno di legge, ho presentato un disegno di legge che prevedeva anche la nomina di una commissione consultiva per l'esame delle singole pratiche. In Giunta regionale però, approfondendo l'argomento, mi è stato fatto osservare che il lavoro di questa Commissione si sarebbe ri-

velato superfluo, proprio per le ragioni cui ho accennato prima, proprio perchè i prestiti erano stati concessi in un volume inferiore, in molti casi anche notevolmente inferiore, a quello che era stato il danno accertato, e soprattutto anche per il fatto che molte di queste pratiche nel frattempo erano state trasferite dagli istituti di credito che avevano concesso questi prestiti di primo intervento agli istituti a livello nazionale che sono stati abilitati a concedere i mutui decennali al 3% previsti dalla legge 1142, mutui per i quali si prevede, con il disegno di legge che è stato presentato dal collega Albertini, l'abbattimento del tasso di interesse all'1 e mezzo per cento.

Io penso quindi di avere in questo modo dato una risposta ad alcuni interrogativi che sono stati oggi posti nella discussione di questo disegno di legge, per cui credo che il cons. Spögler possa anche essere soddisfatto della risposta che io ho dato relativamente alla funzione che può avere la commissione. Al cons. Spögler anzi vorrò far rilevare, senza polemica, anche se lo potrei fare, che non esistono inesattezze nella relazione, perchè se il consigliere legge con un po' di attenzione la relazione, troverà che si parla, prima di tutto, dell'alluvione che ha colpito la Regione Trentino - Alto Adige e poi si inizia al secondo capoverso dicendo: « per la provincia di Trento appare », e lì si parla della situazione della provincia di Trento, poi si dà il totale delle aziende, che è 993, e poi, in fondo alla pag. 2, si dice: « meno drammatica risulta la situazione della provincia di Bolzano » e si parla della provincia di Bolzano, per cui, alla fine, è logico che alla metà della pag. 3 risulti un numero di ditte che hanno subito danni dall'alluvione, di 1118 superiore alle 993; devo dire che le 993 riguardano la provincia

di Trento e che per la provincia di Bolzano sono le altre, c'è la differenza quindi che . . .

SPÖGLER (S.V.P.): (*interrompe*).

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Forse non vien detto chiaramente, però se si legge attentamente la relazione si può rilevare chiaramente che i dati iniziali riguardano la provincia di Trento. Vi è anche una ulteriore dimostrazione che è proprio quella relativa a una tabella, che riporta dei dati relativi a comuni della sola provincia di Trento, ma su questo aspetto è inutile che ci soffermiamo e soprattutto solleviamo delle polemiche.

Il cons. Corsini ha poi ricordato un fatto che era stato oggetto di esame da parte della Giunta nella seduta insieme con i capigruppo, e per il quale muove anche delle critiche. Cioè si dice: in un primo tempo era stato previsto di provvedere a garantire questi prestiti in un determinato modo e poi si è giunti alla formulazione di un sistema completamente diverso. Effettivamente in un primo tempo si era creduto che con la differenza fra il volume derivante dagli interessi scalari e il volume derivante dalla percentuale di contributo costante, fosse creato un fondo di garanzia sufficiente per garantire le pratiche che avevano bisogno di una certa garanzia e che non erano in grado di offrire garanzie proprie. Ci si è accorti, devo dire per chiarezza, ci si è accorti che i calcoli che erano stati fatti in quella riunione non erano esatti, e non erano esatti anche proprio perchè l'onere della legge non veniva ripartito come si era pensato da principio in tre esercizi, ma veniva poi ad essere accollato a un unico esercizio, per il fatto che nel frattempo era stato approvato in sede nazionale il decreto legge

976 e in seguito era stata approvata la legge 1142 che concede appunto i mutui decennali all' 1%, per cui tutti i calcoli che erano stati fatti in un primo tempo, si sono dimostrati calcoli non precisi e tali da non poter fornire quegli elementi indispensabili per la costituzione del fondo di garanzia. Vi è stata, dopo quella riunione in cui era stato formulato quello schema di intervento per la creazione del fondo di garanzia, una serie di riunioni con gli istituti di credito, i quali hanno fatto rilevare alcune difficoltà. In quel momento di difficoltà, di intesa con gli istituti di credito, si è avuta la libera iniziativa da noi promossa, iniziativa dell'associazione commercianti di Trento, la quale ha convocato tutti gli alluvionati in una assemblea e ha proposto la costituzione di un fondo di garanzia, attraverso la trattenuta di quel 5% che doveva appunto essere decurtato nel momento della concessione dei prestiti.

Devo dire, per amore di chiarezza, che questo intervento dell'associazione commercianti non è stato da noi provocato; è stata una iniziativa che l'associazione ha ritenuto di dover prendere, e della quale noi abbiamo preso atto volentieri nel momento in cui ci trovavamo in difficoltà a trattare con gli istituti di credito sulla costituzione di questo fondo di garanzia. Quindi effettivamente ci è stato un mutamento da parte della Giunta regionale, circa gli indirizzi che erano stati formulati nella riunione di Giunta insieme con i capigruppo. Ma questo è dovuto proprio anche alla diversa impostazione finanziaria che ha avuto appunto il disegno di legge. Devo dire ancora che il 5% che è stato ritenuto sui prestiti, come è stato annunciato chiaramente a tutti i commercianti, viene restituito nel mo-

mento in cui la operazione viene ad estinguersi. La ragione pertanto che ci ha spinti a presentare l'emendamento che prevede la costituzione di un fondo di garanzia di 20 milioni, è dovuta al fatto che presso gli istituti si stanno esaurendo soprattutto le grosse operazioni, le quali hanno trovato collocamento, presso gli istituti a livello nazionale, sulla legge 1142. Estinguendosi queste grosse operazioni, si estingue anche una parte del fondo di garanzia, cioè la parte più consistente del fondo di garanzia, e pertanto si è ritenuto di dover istituire questo fondo a carico del disegno di legge per agevolare quelle piccole operazioni che sono prive di garanzia e che non possono essere trasferite, anche per l'entità veramente modesta del loro volume, che non possono essere trasferite sugli istituti che operano i mutui, che concedono i mutui decennali al 3%. Con questo penso di avere chiarito le incertezze che potevano permanere circa la costituzione di questo fondo di garanzia e la maniera con cui questo fondo di garanzia è stato a suo tempo formulato.

Al cons. Pruner che ha posto anche alcuni interrogativi circa l'operatività della legge e si è chiesto se effettivamente i fondi che sono previsti da questa legge hanno veramente corrisposto alle aspettative, io a questa domanda devo rispondere che se il consigliere che ha formulato questa domanda vuole sentire il parere dei singoli operatori, penso che avrà modo di recepire presso gli operatori che hanno ottenuto i benefici di questo provvedimento dei motivi di soddisfazione. Difatti, oltre alla soddisfazione degli operatori, penso che ci sia da parte nostra anche la soddisfazione di vedere come soprattutto la città di Trento si sia ripresa nel suo apparato distributivo, nella sua organizzazione commerciale,

si sia ripresa rapidamente dopo l'alluvione, al punto da aver cancellato completamente i segni di questa imponente calamità. E quindi penso che di questo dovremo anche dare atto agli operatori, i quali hanno dimostrato, ancora nei giorni immediatamente successivi a questa grande calamità, uno spirito di intraprendenza, una volontà di rinascita, e hanno dimostrato, anche nei confronti dell'ente pubblico, una moderazione nelle richieste. Dobbiamo dare atto di quanto è emerso in una riunione anche burrascosa presso la Camera di commercio ancora il 7 di novembre, della modestia anche delle richieste di gente che vedeva completamente distrutto il proprio magazzino, vedeva completamente compromessa la propria attività. In quella occasione gli operatori commerciali non chiesero contributi alla Regione. Ci dissero: non chiediamo contributi, ci basta avere dei prestiti a basso tasso di interesse, perchè noi abbiamo la precisa volontà di riprenderci, abbiamo il desiderio di mettere in sesto nuovamente le nostre aziende; se abbiamo prestiti agevolati, noi siamo certi che con le nostre forze riusciremo a riprenderci.

Il cons. Gouthier ha anche lui avanzato delle richieste di chiarimenti e soprattutto ha affermato che la Giunta regionale, adottando questa procedura, ha lasciato ai direttori delle banche il potere decisionale. Io ho già spiegato il meccanismo della presentazione di queste domande di prestito. Posso dire che noi ci siamo fidati dell'istruttoria delle banche, ma che anche le banche in questo periodo, nella concessione di questi prestiti, hanno dimostrato una particolare fiducia, non soltanto nei confronti della Giunta regionale, ma hanno dimostrato una particolare fiducia anche nei confronti del Consiglio. Pertanto io penso che dobbiamo dare atto anche della buona disponibilità che hanno avuto gli istituti di credito

locali in questa occasione. Innanzi tutto hanno messo a disposizione dei prestiti a un tasso di favore, cioè del 5,50%, e inoltre, durante tutto questo periodo, si sono fidati solo di assicurazioni date dalla Giunta regionale a seguito dell'accordo stipulato nelle riunioni insieme con i capigruppo.

Signori consiglieri, io altro non devo aggiungere. Sento il bisogno di ringraziare vivamente il collega Santoni che ha voluto apportare oggi elementi di notevole chiarezza e di interesse alla discussione e che mi consente anche di non dilungare ulteriormente la replica alla discussione generale. Lo ringrazio per gli apprezzamenti che ha avuto nei confronti della Giunta e lo ringrazio anche della collaborazione che egli stesso, nella sua qualità di assessore provinciale all'artigianato, ha dato nei momenti in cui, insieme anche con la Provincia, si è proceduto a quegli accordi, a quelle intese con gli istituti di credito che erano stati da noi interessati per queste operazioni.

Signori consiglieri, io non so se ho risposto esaurientemente alle domande che mi sono state poste; comunque durante la discussione articolata posso essere ancora a disposizione per dare ulteriori chiarimenti sulla materia che oggi è oggetto di discussione.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa.

Metto in votazione il passaggio alla discussione articolata: unanimità.

Art. 1

Alle imprese commerciali all'ingrosso e al dettaglio, agli intermediari con deposito, alle cooperative di consumo, agli alberghi e pubblici esercizi danneggiati dalle alluvioni del mese di novembre 1966, che abbiano già con-

tratto prestiti con la Cassa di Risparmio di Trento e Rovereto, con la Cassa di Risparmio della provincia di Bolzano e con la Banca di Trento e Bolzano, l'Amministrazione regionale è autorizzata a concedere un concorso costante in ragione del 5 per cento annuo per la durata del prestito e, comunque, per un periodo non superiore a quarantadue mesi.

I prestiti di cui al comma precedente possono essere concessi dagli Istituti di credito anche in deroga alle disposizioni vigenti dei loro statuti.

Chi chiede la parola all'art. 1? Nessuno.

Metto in votazione l'art. 1: è approvato all'unanimità.

C'è la proposta da parte dei cons. Segnana, Avancini e Albertini di un emendamento aggiuntivo, cioè l'art. 1 bis.

Art. 1 bis

L'Amministrazione regionale è autorizzata ad accordare fideiussione, nei limiti dello stanziamento previsto dal secondo comma del successivo articolo 5, sui prestiti concessi dagli Istituti di credito in applicazione della presente legge, qualora i beneficiari dei prestiti non siano in grado di offrire sufficienti garanzie agli Istituti mutuanti.

Tale fideiussione ha carattere sussidiario a norma dell'articolo 1944, secondo comma, del Codice civile.

Metto in votazione l'art. 1 bis: è approvato a maggioranza con 5 astenuti.

Art. 2

Le domande di concorso devono essere presentate all'Assessorato regionale al quale è affidata la materia del commercio, corredate dalla seguente documentazione:

- *dichiarazione del danno subito, prodotta dall'azienda richiedente e munita del visto della competente Camera di commercio, industria, agricoltura, artigianato;*
- *certificato, rilasciato dal Comune competente, attestante la condizione di azienda danneggiata;*
- *piano di ammortamento del prestito.*

Metto in votazione l'art. 2: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 3

La concessione del concorso è disposta con decreto dell'assessore al quale è affidata la materia del commercio, previa deliberazione della Giunta regionale.

Il concorso viene corrisposto direttamente all'istituto mutuante in rate semestrali anticipate.

A questo articolo c'è un emendamento aggiuntivo al primo comma, presentato dal cons. Corsini, che dice: «Dopo le parole «della Giunta regionale», aggiungere le parole: «sentito il parere della commissione consultiva di cui al successivo articolo». ».

Chi chiede la parola su questo emendamento? La parola al cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Dalla proposta che abbiamo sentito or ora dal signor assessore competente, è risultato chiaro che la Giunta regionale non ha ancora deliberato in materia; ed è risultato chiaro che, sia pure in via di ipotesi astratta, che ci auguriamo non abbia concretezza in nessun caso e che le cose possano andare tranquillissimamente così come sono andate, la Giunta deve ancora vagliare caso per caso, fatto per fatto. E allora se tutte queste dichiarazioni che sono state fatte

hanno un fondamento di sincerità, ecco qui l'occasione di poter accettare e rispettare contemporaneamente gli impegni presi.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Segnana.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Vorrei anche chiedere, per poter anche esaminare questo tema, come la commissione...

CORSINI (P.L.I.): C'è scritto!

PRESIDENTE: Leggo l'articolo successivo, l'art. 3 bis: « La commissione consultiva è composta: dai Presidenti delle Giunte provinciali di Trento e Bolzano e da 8 consiglieri regionali designati dai rispettivi gruppi. La commissione esprime parere entro 20 giorni dalla richiesta della Giunta regionale. Trascorso tale termine, il parere si intende favorevole ».

La parola all'assessore Segnana.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): La composizione della commissione, come è stata proposta, non è simile indubbiamente a quella che avevamo pensato noi, perchè nel primo schema di disegno di legge che era stato presentato dalla Giunta, si era pensato di fare una commissione nella quale anche i rappresentanti degli operatori fossero presenti. E l'art. 5 diceva così: « Il Presidente della Giunta regionale nomina con proprio decreto i componenti delle due commissioni di Trento e di Bolzano, ciascuna delle quali risulterà formata da:

a) l'assessore regionale che sovrintende al commercio con funzioni di Presidente;

- b) un assessore provinciale con funzioni di Vicepresidente;
- c) tre rappresentanti del Consiglio regionale;
- d) un rappresentante della Camera di commercio, industria, agricoltura, artigianato;
- e) un rappresentante dei commercianti ed esercenti;
- f) un rappresentante delle cooperative di consumo;
- g) un rappresentante dell'Ente provinciale per il turismo.

I rappresentanti di cui alle lettere e) e f), saranno designati dalle rispettive associazioni sindacali.

Fungerà da segretario delle due Commissioni un impiegato della carriera direttiva dell'Amministrazione regionale.

Ai componenti e al Segretario delle Commissioni spetta il compenso stabilito dalle vigenti leggi regionali.

La composizione della Commissione provinciale di Bolzano dovrà adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici.

Potranno essere sentiti dalle Commissioni i rappresentanti degli Istituti di credito di cui all'art. 1 ».

Questa era, secondo noi, la commissione, cioè queste potevano essere le commissioni eventualmente da istituirsi. Mi sembra che queste commissioni, quali erano state da noi previste, fossero delle commissioni che avevano anche, oltre che un aspetto politico, anche un aspetto tecnico. La presenza di un rappresentante dei commercianti, delle cooperative, dell'Ente provinciale del turismo, della Camera di commercio, poteva servire per fornire alla Commissione degli elementi di carattere conoscitivo, tali che potessero agevolare il lavoro della Commissione.

Quindi io non sarei d'accordo, dato il tipo di lavoro che dovrebbe impegnare le commissioni, per la proposta della commissione quale è stata fatta dal cons. Corsini, ma piuttosto, se si ritiene di dover istituire delle commissioni, istituire delle commissioni di questo tipo. Comunque la Giunta regionale, sul fatto di istituire o meno le commissioni, si rimette al Consiglio, perchè l'impegno era stato a suo tempo preso e all'impegno si vuole dare esecuzione.

PRESIDENTE: La parola al cons Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Non ho niente in contrario, è solo che la composizione della Commissione, così come è stata suggerita dall'assessore, mi pare innanzi tutto molto pletorica, e in secondo luogo — suggerisco proprio a titolo di contributo, di parere — mi pare che nel momento in cui il problema da esaminare è quello unico ormai dell'atto definitivo da parte della Giunta, il chiamare anche rappresentanti della categoria, può darsi che non sia neanche di gradimento agli appartenenti alla categoria stessa. Sono cose abbastanza riservate e ognuno desidera che, se devono essere sottoposte a una commissione, sia a una commissione consultiva, che si sa quale veste e quali caratteri ha. Naturalmente una osservazione dobbiamo fare: che là dove si parla di questi tre consiglieri, dato che la maggioranza è rappresentata da assessori, vice assessori, assessori presidenti e assessori vicepresidenti, quei tre consiglieri siano rappresentanti delle minoranze, perchè altrimenti tutto il nostro ragionamento non ha più nessun significato.

Io, fatte queste osservazioni, e non so che cosa ne pensano gli altri firmatari dell'ordine del giorno, de Carneri e Gouthier, mi pare che con quest'altra precisazione a proposito

dei tre consiglieri, con la proposta dell'assessore.

PRESIDENTE: Si tratta qui di fare una o due commissioni?

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Voglio assicurare che da parte nostra non vi è alcuna difficoltà a dare la nostra parola che i tre rappresentanti del Consiglio possono essere delle minoranze. Se volete lo possiamo anche . . .

CORSINI (P.L.I.): Ci fidiamo della parola.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Ecco. Quindi noi chiederemo la designazione al Consiglio regionale; il Consiglio regionale siamo d'accordo che designerà tre rappresentanti delle minoranze.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola?

CORSINI (P.L.I.): Una volta messo in votazione e approvato l'emendamento aggiuntivo all'art. 3, primo comma, si intende, per un consenso che c'è fra i proponenti e la Giunta, abolito il secondo nostro emendamento e sostituito da quello presentato ora dall'assessore Segnana.

PRESIDENTE: Allora se approviamo il comma aggiuntivo, la commissione deve essere istituita, no?

(Interruzione).

PRESIDENTE: Sì, questa è un'altra questione, ma prima decidiamo se vogliamo istituire questa commissione sì o no, con la votazione del 1° comma aggiuntivo, che dice: « sen-

tito il parere della commissione consultiva di cui al successivo articolo ». Con questo viene già deciso l'accettazione di una commissione. Poi vedremo quale commissione. Chi chiede ancora la parola su questo comma? La parola al cons. Santoni.

SANTONI (D.C.): Per dire che, arrivati a questo punto, mi sembra che il ragionamento fatto nella relazione della Giunta abbia un suo significato. Ormai la commissione sarebbe soltanto una sovrastruttura formale che non ha assolutamente possibilità, nonostante le osservazioni di dettaglio fatte stamattina dal cons. Corsini, che di dare una sanatoria a cose già fatte. Per cui l'assessore Segnana mi sembra che abbia detto: noi ci impegniamo, prima di portare le deliberazioni di concessioni di contributi in Giunta regionale, cioè adottare il provvedimento formale, di consultarci con tre rappresentanti delle minoranze. Mi pare che lei ha detto questo? Cosa ha detto?

(Interruzione).

SANTONI (D.C.): Cioè accettava il principio di inserire la commissione nella legge? A me questo sembra eccessivo, perchè arrivati a questo punto devono prevalere, dato che stiamo discutendo di alluvioni, gli aspetti sostanziali sugli aspetti formali. La commissione, se era una commissione politica, si doveva fare immediatamente dopo che la Giunta aveva deciso di intervenire, ancora nel novembre del 1966; se dovevano fare una commissione giuridica, bisognava che fosse contenuta nel disegno di legge, e doveva avere qualcosa da fare. Ora questa commissione la nominiamo per il gusto di nominarla, per dar seguito a un certo impegno, però sia chiaro che è una commissione che

non ha assolutamente nessuna logica nello stato delle cose, perchè non avrà niente da fare. Se vogliamo mettercela, mettiamocela, però stiamo giocando a legiferare . . .

MOLIGNONI (P.S.U.): A titolo di riparazione.

SANTONI (D.C.): perchè la commissione altrimenti non si giustifica per niente.

Io avevo capito la proposta dell'assessore Segnana, nel senso di lasciar perdere la commissione, ed impegnarsi, prima di portare i provvedimenti in Giunta, a sentire tre rappresentanti delle minoranze che designa il Consiglio. Questo mi pare che sia una cosa più seria.

PRESIDENTE: La parola al cons. Fiorechy.

FIORESCHY (S.V.P.): Ich möchte nur den Regionalrat darauf aufmerksam machen, in dieser Sache nicht zu akademisch zu werden. Es wäre nicht das erste Mal, daß solche Provinzkommissionen eingesetzt werden; es gab diesbezüglich schon Präzedenzfälle, d.h. dieses Gesetz über die Handelskredite sieht bereits solche Provinzialkommissionen vor. Daher glaube ich, stimmt der Einwand, es würden unnütze Überstrukturen geschaffen, nicht. Diese Kommissionen, einmal einberufen, arbeiten ziemlich schnell, so daß deshalb keine Verzögerungen entstehen. Hierbei ist auch den Vertretern der Minderheit Gelegenheit geboten ihre Meinung geltend zu machen.

Ich gehe mit dem Herrn Assessor einig, wenn er sagt, daß wir diese Kommissionen nicht verpolitisieren sollen, also daß es keine politische Kommission sein soll. Das wäre vollkommen falsch. Ich würde auch das Kriterium

akzeptieren, in dieser Kommission Techniker aufzunehmen, also Vertreter der Fachorganisationen. Ich würde mich persönlich dafür einsetzen, eine Kommission zu gründen, bei der Leute der Fachorganisationen vertreten sind und auch die Minderheiten drinnen sind. Ich fühle mich nicht imstande, den Vorschlag des Kollegen Corsini blindlings zu unterstützen; vielleicht ist er zu wenig überlegt gewesen. Es handelt sich ja um die ernsthafte Verwaltung eines Gesetzes und daher soll nicht eine rein politische Oppositionsgruppe allein darüber befinden, sondern sie soll ein Mitspracherecht durch eigene Vertreter haben. Die Opposition würde sich meines Erachtens dabei eine Verantwortung aufhalsen, die sie dann später vielleicht nicht einmal zu tragen imstande wäre. Daher würde ich persönlich — ich habe mich mit meinen Kollegen noch nicht darüber beraten — es als keine abwegige Lösung sehen, zwei Provinzkommissionen, wie wir sie bereits in anderen Gesetzen haben, vorzusehen. Also im Grunde genommen bin ich für den Vorschlag, den der Herr Assessor Segnana gemacht hat.

(Vorrei solo pregare il Consiglio di non essere troppo accademico a proposito di tale questione. Non sarebbe poi la prima volta che si istituiscono commissioni provinciali di questo genere, poichè i precedenti lo dimostrano. La legge sui crediti agevolati alle aziende commerciali, p.es., prevede appunto tali commissioni. L'obiezione, secondo la quale si verrebbero a creare in tal modo delle inutili sovrastrutture, non è quindi corroborata dai fatti. Una volta istituite, dette commissioni lavorano abbastanza speditamente, evitando per conseguenza spiacevoli ritardi. Per di più anche i rappresentanti della minoranza hanno in tal modo la possibilità di far valere la propria opinione.

Sono d'accordo con l'Assessore quando cioè egli dice che dette commissioni non dovrebbero essere politicizzate e che perciò esse non dovrebbero essere delle commissioni di natura politica, poichè ciò sarebbe un grave errore. Potrei pure accettare il criterio di prevedere per la commissione in parola dei tecnici, vale a dire, i rappresentanti delle categorie. Io personalmente mi adoprerei di istituire una commissione, in cui saranno rappresentate non soltanto le organizzazioni di categoria, ma pure le minoranze. Non sono però in grado di accettare tale quale la proposta fatta dal collega Corsini; la stessa forse è stata fatta troppo in fretta e senza ponderare riguardo ai diversi aspetti. Si tratta in fin dei conti di amministrare con la necessaria serietà una legge, ragione per cui non dovrebbe essere un gruppo di opposizione politica a prendere da solo le decisioni, gruppo al quale invece dovrebbe avere assicurato il diritto di far valere le proprie ragioni tramite i propri rappresentanti. Altrimenti l'opposizione si accollerebbe secondo me una responsabilità pesante, della quale più tardi potrebbe forse anche non essere in grado di sostenere il peso. Non ho ancora esaminata la questione con i miei colleghi di gruppo, ma personalmente ritengo non sia una soluzione fuori luogo di prevedere due commissioni provinciali, come già le abbiamo in altre leggi. Sono quindi nella sostanza d'accordo con la proposta fatta dall'Assessore Segnana).

PRESIDENTE: Votiamo ora l'emendamento aggiuntivo al 1° comma dell'art. 3, che dice: « sentito il parere della commissione consultiva di cui al successivo articolo ». Con l'approvazione di questo emendamento la commissione dovrà essere istituita, è chiaro.

Chi è d'accordo con questo emendamento aggiuntivo? E' approvato a maggioranza.

Pongo in votazione l'art. 3: è approvato.

Art. 3 bis

(proposto dall'assessore Segnana)

Il Presidente della Giunta regionale nomina con proprio decreto i componenti delle due Commissioni di Trento e di Bolzano, ciascuna delle quali risulterà formata da:

a) *l'Assessore regionale che sovrintende al commercio con funzioni di Presidente;*

b) *un Assessore provinciale con funzioni di Vicepresidente;*

c) *tre rappresentanti del Consiglio regionale;*

d) *un rappresentante della Camera di commercio, industria, agricoltura, artigianato;*

e) *un rappresentante dei commercianti ed esercenti;*

f) *un rappresentante delle cooperative di consumo;*

g) *un rappresentante dell'Ente provinciale per il turismo.*

I rappresentanti di cui alle lettere e) ed f), saranno designati dalle rispettive Associazioni sindacali.

Fungerà da segretario delle due Commissioni un impiegato della carriera direttiva dell'Amministrazione regionale.

Ai componenti e al segretario delle Commissioni spetta il compenso stabilito dalle vigenti leggi regionali.

La composizione della Commissione provinciale di Bolzano dovrà adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici.

Potranno essere sentiti dalle Commissioni i rappresentanti degli Istituti di credito di cui all'articolo 1.

Ecco, questo sarebbe l'emendamento che dovrebbe sostituire l'emendamento aggiuntivo di Corsini. Va bene? Un art. 3 bis.

CORSINI (P.L.I.): Il nostro si intende ritirato.

PRESIDENTE: Sì, il primo emendamento è già approvato.

Chi chiede la parola all'art. 3 bis? Nessuno.

Metto in votazione l'art. 3 bis: è approvato a maggioranza.

Art. 4

Il concorso regionale previsto dalla presente legge verrà a cessare qualora i beneficiari di cui all'articolo 1 vengano a fruire successivamente delle eventuali provvidenze disposte dalla Regione a valere sui mutui a medio termine accesi in base all'articolo 28 del D.L. 18 novembre 1966, n. 976, convertito nella Legge 23 dicembre 1966, n. 1142.

Nell'ipotesi di cui al precedente comma il concorso regionale sarà corrisposto per tutta la durata della semestralità in essere al momento dell'accensione del mutuo a medio termine.

Metto in votazione l'art. 4: è approvato all'unanimità.

Art. 5

Per l'attuazione della presente legge è autorizzata, a carico dell'esercizio 1967, la spesa di Lire 150 milioni.

Al relativo onere si provvede mediante prelevamento di pari importo dal fondo speciale iscritto al cap. 1030 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario medesimo.

E' stato presentato un emendamento sostitutivo da parte della Giunta:

« Per la concessione del concorso di cui all'articolo 1 della presente legge è autorizzata a carico dell'esercizio 1967 la spesa di Lire 150 milioni.

Per la concessione della garanzia sussidiaria prevista dall'articolo 1 bis della presente legge è autorizzata a carico dell'esercizio 1967 la spesa di Lire 20 milioni.

Al complessivo onere di Lire 170 milioni, derivante dall'attuazione della presente legge, si provvede mediante prelevamento di pari importo dal fondo speciale iscritto al capitolo n. 1030 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario 1967.

Metto in votazione l'art. 5 nel nuovo testo della Giunta regionale: è approvato a maggioranza con 4 astenuti.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno.

Prego distribuire le schede e di votare.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Votanti 39

33 sì

5 schede bianche

1 scheda nulla.

La legge è approvata.

Passiamo ora alla trattazione del *disegno di legge n. 93*: « **Autorizzazione di un limite di impegno di lire 300 milioni per la concessione di provvidenze ai sensi della legge regionale 28 novembre 1966, n. 21, a favore delle imprese danneggiate dall'alluvione del mese di novembre dell'anno 1966** ».

La parola alla Giunta per la lettura della relazione.

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): *(legge)*.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Commissione legislativa industria, commercio, credito per la lettura della relazione.

PRUNER (P.P.T.T.): *(legge)*.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Commissione legislativa finanze, patrimonio, per la lettura del parere finanziario.

MARGONARI (D.C.): *(legge)*.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola in discussione generale? La parola al cons. de Carneri.

DE CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, premetto che questo è un primo nostro intervento su questo disegno di legge presentato dalla Giunta, poichè riteniamo che sia necessario, su di una mole di spesa quale è quella che ci viene proposta, una spesa di 3 miliardi, sia necessario un dibattito approfondito da parte del Consiglio regionale, per più aspetti che attengono alla materia trattata dal disegno di legge in oggetto. C'è da una parte la questione dei danni causati dalla alluvione del novembre dell'anno scorso, c'è però collateralmente una questione di politica nei confronti del settore industriale quella politica nei confronti del settore industriale che ha visto da parte del gruppo comunista ripetute prese di posizione e la proposizione di alcuni emendamenti sulla legge 10, ad esempio, e sulle leggi che successivamente hanno rifinanziato la legge 10. Noi riteniamo, e d'altra parte la stessa relazione della Giunta ne fa testimonianza, noi riteniamo che questo disegno di legge non attenga solo alla questione dei danni derivanti dall'alluvione, ma anche rappresenti una forma mascherata, una forma sottesa di finanziamento all'industria al di fuori di

quella che è la legislazione specifica sull'incremento dell'industria, della piccola e media industria, e cioè al di fuori della legge 10 e delle leggi di rifinanziamento successive. In effetti, ove si leggano le cifre che sono indicate nella relazione, si vede subito quale mole di intervento creditizio sia prevista da parte della Giunta regionale, una mole di complessivi 22 miliardi e mezzo di credito, 22 miliardi e mezzo di crediti che sono destinati in parte all'industria, in parte al commercio e al settore alberghiero, ma che ritengo, per la parte di gran lunga maggiore, attengano all'industria, quale settore che ha più fame di capitali, quale settore più dinamico e quale settore quindi che per i suoi processi di sviluppo e di sviluppo tecnologico richiede un impiego assai maggiore degli altri settori di capitale. Ora risulta con una certa chiarezza, che gli stanziamenti in previsione da parte dello Stato sul superdecreto governativo, emanato successivamente all'alluvione, sono di gran lunga superiori a quelli che sono i danni effettivamente verificatisi nella economia industriale e nella economia commerciale, in conseguenza dell'alluvione. Cioè di fronte a circa 11 miliardi di danni denunciati rispetto a questi settori, vediamo delle operazioni creditizie già concluse o in via di conclusione, ammontanti a 22 miliardi e mezzo e cioè a una somma che è superiore di oltre il 100% rispetto ai danni reali, ammesso che siano reali i danni rilevati dalle denunce fatte dai singoli imprenditori. Noi tutti possiamo immaginare, possiamo sapere per esperienza, come normalmente la denuncia dei danni non sia mai corrispondente esattamente all'entità reale. Sappiamo che c'è una tendenza da parte degli imprenditori a gonfiare i danni e penso che anche in questo caso la cifra che viene riportata nella relazione della commissione sia probabilmente superiore alla realtà. Superiore o meno che sia, comunque, ci troviamo

di fronte a un certo shock psicologico nel vedere che, rispetto ai danni denunciati per circa 11 miliardi troviamo operazioni creditizie che la Regione dovrebbe aiutare con un contributo dell'1,50% per dieci anni, ripeto, operazioni creditizie del doppio, di 22 miliardi e mezzo. Ora c'è da chiedersi la ragione di tutto ciò e c'è da chiedersi come mai la Regione proponga con questo disegno di legge di sopperire a tutta questa massa di crediti, non prendendo come base i danni riscontrati da essa, ma prendendo come base invece le operazioni che gli istituti di credito hanno compiuto o stanno compiendo. E qui al riguardo io penso che sia giusto richiamare quanto osservava, circa la discussione della legge precedente, il collega Corsini, cioè sul fatto che le banche, gli istituti di credito hanno la convenienza a compiere il massimo possibile di operazioni creditizie, perchè proprio da queste operazioni creditizie, che sono un fine istituzionale di questi enti, derivano gli utili, derivano i profitti, deriva il lavoro di ogni banca. Quindi io, non essendo parte della commissione all'industria, in attesa che la Giunta dia i chiarimenti necessari circa questa enorme sperequazione, io posso formulare delle ipotesi; posso formulare l'ipotesi, che mi sembra radicata realtà, che ci sia stata in occasione delle alluvioni una corsa al credito agevolato da parte di industrie che hanno effettivamente subito seri danni, da parte di industrie che hanno subito danni ieri, da parte di aziende anche che magari non hanno subito danni o hanno subito danni del tutto irrilevanti e irrisori e che praticamente queste richieste siano state, con criterio estremamente liberale, contemplate positivamente e considerate positivamente dai vari istituti di credito, che sulla base del superdecreto governativo erano autorizzati a compiere le operazioni di concessione dei crediti. A questo punto — se questa è la verità, e d'altra parte sarei

curioso di sapere quale altra verità ci sia sotto questa sperequazione così grossa — potrebbe essere affermato da taluno, con un certo ragionamento di carattere vorrei dire provincialistico o localistico, che ad ogni buon conto questo criterio di carattere così estensivo nell'accogliere le domande di credito, sia comunque un bene per la nostra regione, la quale ha bisogno di incentivi per l'industria, e che se, anche per via anomala, la alluvione ha offerto l'occasione di beneficiare in larga misura di questi crediti agevolati, ciò in sostanza è una cosa utile per l'economia locale e quindi non è necessario sottilizzare troppo circa la destinazione di questi crediti, circa la destinazione dei fondi pubblici che concedono un abbattimento degli interessi su questi crediti al 3% e che quindi accollano allo Stato un onere che va fra il 3 e l'8% quale è il costo del denaro medio a media scadenza, cioè sui 10 anni. Questa opinione, che mi pare di aver sentito filtrare, questa opinione io ritengo che non possa essere da noi condivisa, nè condivisa ritengo da quanti ipotizzano e richiedono una certa serietà da parte di tutti gli enti pubblici nell'erogare i finanziamenti, nello sviluppare gli incentivi, serietà che a un certo punto deve essere alla base del comportamento innanzi tutto dello Stato, il quale tante volte su tante questioni di carattere formale si erge a giudice delle autonomie locali, ma poi in molti, moltissimi casi, nella realtà concreta e pratica, si dimostra il peggiore amministratore che esista, sia pubblico che privato. Ora che con una inconsueta larghezza si diffondono crediti e si diffonda il denaro pubblico, sia pure il denaro statale, è cosa che noi per principio, innanzi tutto, non per principio astratto, ma per principio politico, non possiamo ammettere; e non lo possiamo ammettere oltre che per questione di principio, anche perchè dal punto di vista concreto è ben difficile poi, una volta largheggiato

con questi sistemi, determinare quale quota del pubblico denaro, cioè del denaro dello Stato, sia convogliata realmente allo sviluppo dell'industria nella nostra regione e quale quota invece a un certo punto non venga dispersa o dilapidata o sviata da fini che possano avere un interesse pubblico, un interesse sociale. Quando praticamente sono le banche, in sostanza, a disporre di questi mutui, quindi a far scattare questo meccanismo di credito agevolato, io penso che quelle garanzie prioritarie, quelle garanzie reali che devono presiedere alla spesa pubblica, vengano quanto meno attenuate. D'altra parte non sarebbe concepibile, io non riuscirei a capire altrimenti per quale ragione si facciano operazioni di credito agevolato per 22 miliardi e mezzo, di fronte a danni che sono minori della metà di quanto in realtà è accaduto. Questo è uno degli interrogativi e dei problemi che noi intendiamo prospettare a questo Consiglio regionale, perchè le somme che ho citato prima sono somme veramente grosse rispetto alla entità dei nostri problemi, e anche per queste questioni di principio e di moralità pubblica cui ho accennato. Tuttavia c'è un'altra argomentazione, che è forse più pesante per quanto riguarda proprio la posizione della Regione al riguardo. Cioè a parte il ragionamento che questi denari comunque sono denari dello Stato e quindi a un certo punto più vengono meglio è. ragionamento che ritengo inficiato, come ho detto prima, a parte questo c'è da chiedersi per quale ragione la Regione in sostanza si inserisca in questo metodo, praticamente assuma come proprio questo metodo non economico e non giusto, di intervenire con i denari propri, cioè con i denari dei cittadini del Trentino - Alto Adige. In questo disegno di legge, ripeto, si prevede, sulla somma di 22 miliardi e mezzo, un concorso decennale della Regione. Ora qui sono necessarie delle spiegazioni abbastanza appro-

fondite, spiegazioni che nella relazione non trovo. In sostanza noi avremmo, come consiglieri, il diritto di richiedere alla Giunta quanti sono effettivamente i danni che la alluvione ha causato. E una volta determinati realmente con precisione questi danni, potremo anche discutere se la Regione possa aggiungere la propria integrazione alla integrazione che lo Stato eroga sui mutui. Ma questo distinguo e questa documentazione e questa precisazione noi purtroppo non la ravvisiamo in questo disegno di legge nè nella relazione che la esplica. C'è poi un'altra questione, sempre connessa con quella divisione che facevo prima circa il disegno di legge, cioè questo disegno di legge che è anfibo, è ambivalente, cioè da una parte contempla i danni dell'alluvione, ma in sostanza dall'altra contempla anche praticamente la espansione o il potenziamento produttivo delle aziende, i rammodernamenti tecnologici, l'acquisto di nuove macchine, ecc.; cioè quel ragionamento che noi avevamo più volte fatto, come ho accennato prima, per quanto riguarda i successivi finanziamenti della legge 10, e cioè fino a che punto questi stanziamenti della Regione, che hanno caricato i bilanci regionali per dieci anni, se non erro di circa 800 milioni all'anno — quindi è una cifra che si avvicinerà ai 10 milioni in un decennio e che li supererà se sarà approvata questa legge, sommando la legge 10 con questa legge —, fino a che punto questi investimenti del denaro pubblico e cioè del denaro di tutti i cittadini del Trentino - Alto Adige, andavano a un effettivo beneficio anche sociale della nostra popolazione. Poichè denunciavamo, specialmente negli ultimi due anni, in corrispondenza della crisi, o della recessione come altri la chiamano, denunciavamo che si verificava nel Trentino particolarmente, ma anche nell'Alto Adige, una riduzione della manodopera occupata nelle industrie e anche una ri-

duzione della manodopera proprio in alcune industrie, le quali contemporaneamente beneficiavano dei contributi della legge 10, e deducevamo anche da ciò il fatto che le operazioni di credito agevolato, assunte non per l'ampliamento dell'azienda e per l'occupazione della manodopera, ma assunte per i rammodernamenti tecnologici e la costruzione di nuovi e più efficienti impianti, comportava, dal punto di vista produttivo, la estromissione di manodopera e quindi praticamente tornava a un danno di carattere sociale. La obiezione che nasce immediatamente di fronte a questo ragionamento, è quella di dire: se l'industria non si sviluppa e quindi a un certo punto non rammodernata il macchinario, non crea nuovi impianti in grado di reggere alla concorrenza, evidentemente questa industria è destinata a un certo punto a invecchiare e a chiudere i battenti, perchè non reggerà più alle leggi di mercato. Però questo è un ragionamento di carattere economico che va tenuto presente, ma non può essere, *sic et simpliciter*, recepito dall'ente pubblico, nel senso che l'ente pubblico si faccia muovere solamente dalle leggi di carattere economico e dalle leggi di mercato, nel senso che si presuppone, ed è una concezione anche abbastanza ormai accettata da parte di tanti movimenti politici, che l'ente pubblico debba anche intervenire con i suoi poteri decisionali, con le sue leggi ed anche con i suoi mezzi finanziari, per correggere le storture dell'andamento economico, le quali provocano questi licenziamenti, provocano questi danni di carattere sociale. E quindi un intervento dell'ente pubblico, il quale a un certo punto faccia pesare nell'economia anche il momento sociale, il momento della protezione della maggioranza degli individui nei confronti di una minoranza, la quale, se numericamente è esigua, dal punto di vista invece economico, quindi della potenza economica, del poter influire oltre

che sull'economia anche sulla politica, è una minoranza estremamente potente su scala nazionale e anche su scala extra nazionale e anche su scala locale. Ora noi affermavamo nei nostri principi, e anche in determinati emendamenti, che è compito dell'imprenditore di far fronte alla concorrenza, di sapersi regolare, di saper fare il suo mestiere, che non è certo un mestiere facile e poi lo conveniamo, ma a un certo punto di reggere da solo nei confronti della concorrenza e quindi di svilupparsi, usando anche delle proprie risorse, usando dei propri poteri imprenditoriali. Se avessimo ammesso il principio che nel Trentino - Alto Adige l'industria deve essere sovvenzionata dalla culla alla tomba, allora noi possiamo anche chiederci quale funzione di stimolo e quale funzione autonoma possa svolgere questo settore, che viene definito ormai universalmente strategico nella regione Trentino - Alto Adige e che invece verrebbe ad apparire come un settore vacillante e zoppicante, il quale dovrebbe essere sorretto permanentemente dall'ente pubblico, in modo da consentirgli volta per volta, con successive leggi di credito agevolato, di reggere la concorrenza che altrimenti queste industrie non sarebbero in grado di reggere. E' un concetto questo che non può essere assunto, neanche dal punto di vista economico. Quando una determinata parte, anzi gli imprenditori, conclamano che la politica non deve interferire nell'economia, che a un certo punto non si devono creare impacci, che l'industria deve essere libera di fare in sostanza ciò che vuole, seguendo le regole economiche, dovrebbe essere del pari allora però affermato dagli imprenditori privati, che non si richiedono costanti, permanenti finanziamenti di natura pubblica, sia da parte dello Stato che da parte della Regione.

Io vorrei sintetizzare la nostra posizione al riguardo, con un verso — io non ho mai fatto

citazioni fino ad ora in Consiglio regionale — un piccolo verso che può rendere l'idea di quella che a nostro avviso dovrebbe essere una giusta politica nei confronti dell'industria; è quel verso di Dante, il quale dice: « messo t'ho avanti, or da te sol ti nutre ». Cioè incrementiamo pure l'industria, i nuovi insediamenti industriali, diamo pure un aiuto in questo senso e diamo pure un aiuto anche ad ampliamenti e ad allargamenti di industrie, le quali siano suscettibili di aumentare la manodopera, di potenziare il patrimonio industriale e quindi dare un maggiore impulso a questo settore, che anche noi conveniamo debba essere il settore propulsore nei confronti di una economia come la nostra, la quale è contraddistinta da un sottosviluppo appunto dell'industria, un'agricoltura con poche terre fertili, con poche terre a un'autentica vocazione agraria, di fronte alla grande massa del settore terziario, la quale pesa sui costi, la quale indubbiamente contribuisce ad aggravare il problema del carovita e crea una massa di persone, le quali a un certo punto hanno anche un avvenire piuttosto travagliato — piccoli commercianti, ecc. — e che a un certo punto potrebbero trovare uno sfogo, potrebbero trovare una occupazione più solida, un'occupazione veramente anche più coerente con le necessità della nostra collettività, nel settore dell'industria o in settori connessi con l'industria. Ora è da ricordare anche che la legge n. 10, sulla quale abbiamo discusso anche in passato, aveva quanto meno se non il merito il lato non negativo, di delimitare i settori di intervento, cioè delimitare i settori di intervento nel campo dell'industria nella Regione, escludendo da questi settori di intervento la grande industria. Era la legge 10 destinata alla piccola e alla media industria, e non a grandi industrie tipo Montecatini, ecc. Attraverso queste operazioni . . .

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): Anche qui.

DE CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Anche qui c'è questa limitazione, la si deduce ma non è chiara però . . .

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): *(Interrompe)*.

de CARNERI (Segret. questore - P.C.I.): Ah, sì, sì sotto questo profilo; allora prendo atto della sua precisazione. Ecco, comunque mi premeva accertare questo elemento. Comunque quello che è pericoloso in un provvedimento legislativo, a parte le cose cui ho accennato prima, è l'ambiguità, è la non specificità dei fini. Quando si fanno provvedimenti che a un certo punto possono essere interpretati e usati per più fini, ditsinti l'uno dall'altro, evidentemente ne scaturiscono alcune conseguenze negative di fondo. La prima conseguenza è quella che non si sa bene che obiettivo primario si persegue: la seconda è quella delle difficoltà di accertamento fra i vari settori in cui la legge interviene; la terza è proprio quella della confusione, proprio quella di aprire un varco obiettivo a chi può profittare di determinate circostanze e può usufruire degli stanziamenti pubblici per fini che nulla hanno a che fare con questioni sociali, con questioni di interesse collettivo e generale, ma fini particolari, fini anche di speculazione privata. Devo segnalare anzi che ci sono parecchie perplessità nell'opinione pubblica, circa la corrispondenza effettiva e precisa fra i provvedimenti che sono stati assunti dallo Stato nei confronti degli alluvionati e altre questioni che con l'alluvione hanno poco a che fare. E io riterrei estremamente importante il lavoro di una commissione, la quale possa rappresentare una certa garanzia di controllo, una certa

garanzia di obiettività per quanto riguarda l'intervento pubblico a favore di queste imprese danneggiate o meno che siano, in tutto e in parte, dalla alluvione.

(Interruzioni).

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Premetto, se ci sono altre persone che intendono intervenire, parliamoci chiaro, io cedo volentieri la parola; se invece non ce ne sono, andrò fino in fondo. Mi scuso di annoiare eventualmente i colleghi, ma, come ho detto in premessa, questa legge la riteniamo troppo importante perchè possa slittar via nel corso di un'ora e mezza. Ci sono 3 miliardi di stanziamenti e intendiamo discuterla a fondo...

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): *(Interrompe)*.

de CARNERI (segretario questore - P.C.I.): Prego? Non ho capito.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.U.): Se è così importante, era meglio che i consiglieri che vogliono parlare si preparassero per oggi e non prendersi la vacanza per la settimana prossima.

GOUTHIER (P.C.I.): Avete votato contro anche voi in commissione.

PRESIDENTE: Prego continuare.

(Interruzioni).

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Bene, signor Presidente. Quindi noi dovremo basare la nostra posizione politica, anche in sede di voto, su questa legge, sulle

chiarificazioni che la Giunta aspettiamo che ci dia, in merito proprio a una precisa qualificazione dei danni e anche a determinate garanzie che queste quantificazioni siano effettivamente, tecnicamente accertate e non adottate con criteri eccessivamente estensivi come ho detto prima. L'impegno che era stato assunto in sede di capigruppo e di Giunta, allorché nei giorni successivi all'alluvione questi organismi si riunirono per assumere determinati orientamenti, se non provvedimenti di carattere formale, almeno degli orientamenti politici che potessero dare un certo affidamento alle popolazioni, in quella riunione di capigruppo, in quel clima piuttosto pesante, in quel clima piuttosto preoccupato — Trento era allagata e ci trovavamo in una situazione veramente grave — in quel clima comunque venne la decisione di istituire delle commissioni, non solo per la legge che è stata discussa e approvata prima, ma per tutti i provvedimenti di carattere finanziario, di mutuo agevolato con oneri a carico della Regione. Ora noi ritiriamo alcunchè di quanto nel merito abbiamo espresso in quelle riunioni della Giunta e dei capigruppo. Noi siamo perfettamente persuasi che le ditte, che le aziende, le quali hanno subito danni almeno sensibili, danni che abbiano una certa incidenza in conseguenza delle calamità naturali del novembre, debbano essere aiutate. Su questo siamo d'accordo. E penso che nessuno possa riscontrare alcuna contraddizione tra quanto affermo adesso e le premesse che facevo pochi minuti fa, circa quelli che sono i nostri orientamenti in linea generale, riguardo alla politica della Regione nel settore industriale. Evidentemente ci troviamo in un campo quale è quello delle alluvioni, che rappresenta qualche cosa di eccezionale, rappresenta qualche cosa che evidentemente non può essere previsto dalle leggi di

mercato, dalle leggi economiche; è una calamità che avendo colpito in maniera dura particolarmente alcune industrie, può effettivamente costituire una giustificazione per intervenire in loro aiuto, per consentire ad esse, nel tempo più breve possibile, di ricostruire, ricostruire i fabbricati, ricostituire gli impianti, iniziare col minor ritardo possibile il processo di produzione e il processo di vendita dei prodotti. Alcune di queste ditte effettivamente ci sono, sappiamo che sono state talune seriamente danneggiate, qualche altra addirittura distrutta. Nei confronti di queste ditte non abbiamo preclusioni, ripeto, a un aiuto che vada anche oltre all'aiuto che è previsto da questo disegno di legge, specialmente nei confronti di alcune piccole o piccolissime aziende — penso alle segherie, ad esempio, che nelle zone di montagna sono state spazzate via lasciando nello stato di povertà chi in esse lavorava o chi le conduceva, avendo tre-quattro-cinque operai e quindi con una conduzione familiare, ecc. — nei confronti di chi è stato colpito in una maniera così dura, che non ha alle spalle un patrimonio, una possibilità economica di assumere altre garanzie, quindi di rifarsi. Io vorrei proprio dire che la misura di aiuto anche in conto capitale possa e debba essere più ragguardevole che non quella che è contemplata da questo disegno di legge, il quale, in sostanza, prevede una specie di elisione degli interessi e l'intaccare in maniera piuttosto marginale il capitale necessario per queste opere di ristrutturazione o di ricostruzione delle aziende. Quindi per determinati casi, per determinati settori, siamo d'accordo di intervenire anche in maniera più ragguardevole, tenendo presente soprattutto che nelle zone di montagna dove si son verificate le alluvioni e dove le piccole aziende sono state colpite, l'investimento, cioè il consentire la ricostruzione del-

l'azienda, ha un effetto vorrei dire multiplo dal punto di vista sociale, rispetto all'investimento delle zone meno disagiate, per esempio nella zona dell'asta dell'Adige, ecc. Perché? Perché il tentare, l'adoperarsi a rimettere in piedi un sia pur modesto volano delle economie delle zone di montagna, sottintende oltre che una misura di carattere morale e sociale, anche una scelta di carattere economico, alla quale fa riscontro e alla quale si riferisce la necessità di impedire un flusso migratorio che si fa sempre più pericoloso nei settori della montagna — e noi sappiamo quanto la montagna significhi per la nostra regione così montagnosa — in modo da impedire o limitare al massimo questo flusso migratorio, sia verso l'esterno, sia il flusso migratorio di carattere interno, il quale evidentemente, depauperando la montagna delle sue forze umane migliori, causa poi un ulteriore ribassamento della situazione e praticamente accelera quel decadimento economico e sociale, il quale a un certo punto si risolve nell'abbandono della montagna. E accanto all'abbandono della montagna poi si verifica il deterioramento della situazione della montagna, anche dal punto di vista idrogeologico, anche dal punto di vista di tutte quelle piccole e modeste opere che l'uomo individualmente effettua nella montagna, di regolamento dei corsi d'acqua, di regolamentazione anche dei piccoli ruscelli, di sistemazione di cura del bosco, ecc., i quali elementi però presi uno ad uno individualmente significano nulla, ma presi nella loro massa e sommati significano praticamente la difesa anche della pianura, la difesa anche del suolo, non solo nelle zone di montagna, ma anche nell'asta dell'Adige, ad esempio, con riflessi poi anche non solo nella nostra regione, ma anche nelle regioni contermini, le quali sono anch'esse interessate. In questo senso siamo propensi a in-

terventi, una volta accertati i danni, a interventi anche più generosi, in questi settori e nei confronti di queste piccole aziende, nei confronti anche di aziende che appunto tendano a vivificare, a dare uno stimolo economico alle zone più depresse, alle zone di montagna; non possiamo però per il converso, d'altra parte, passando all'estremo opposto, ammettere che ci siano delle aziende, le quali, se hanno avuto 50 milioni di danni, a un certo punto accendono un mutuo di mezzo miliardo, beneficiano dei contributi dello Stato, ora beneficerebbero degli aggiuntivi contributi della regione e trasformerebbero quella che è stata per la comunità nostra una sciagura in un proprio beneficio personale e in una propria fortuna personale. Questa è una cosa che evidentemente non possiamo ammettere, nè dal punto di vista economico, nè dal punto di vista politico, nè dal punto di vista della retta amministrazione, da un punto di vista morale anche, se si vogliono considerare anche questi aspetti quali sono sentiti dalle popolazioni. Ci sono state centinaia e centinaia di piccole aziende, ad esempio commerciali, artigianali, ecc. che hanno subito gravi danni; ci sono stati contadini a migliaia che si sono visti interrare larghe parti delle aziende, ricoperte magari da un metro, due metri di sabbia; abbiamo visto i contadini perdere completamente la loro campagna, e quindi abbiamo nel settore ad esempio dell'agricoltura o anche nel settore della montagna, dal punto di vista anche dell'agricoltura o comunque delle strutture economiche e civili, abbiamo danni urgenti e danni gravi. D'altra parte cosa direbbero, quale sarebbe la reazione di tutta questa gente, la quale si trova ancora in difficoltà, che ha ancora bisogno di aiuti e auspiccherebbe ancor maggiori interventi per far fronte alla situazione, qualora vedesse che invece i miliardi vengono impiegati là dove non

c'è bisogno, vengono impiegati addirittura per trasformare la sciagura dei tanti in una fortuna per pochi? Questi ragionamenti, queste argomentazioni potrebbero sembrare demagogiche se non avessimo di fronte le cifre che abbiamo: 22 miliardi e mezzo. Sono cifre imponenti sulle quali è necessaria la dovuta riflessione. Anche dal punto di vista, oltre che della difesa dell'agricoltura, oltre alla difesa della montagna, anche dal punto di vista delle sistemazioni dei corsi d'acqua, delle sistemazioni dei bacini montani, cioè delle sistemazioni che sono di competenza statutaria della Regione, abbiamo noi come Regione stanziato tutti i mezzi necessari per accelerare al massimo l'opera di difesa, l'opera di sistemazione dei torrenti, dei corsi d'acqua ecc.? Io, tre settimane or sono, ho fatto un giro, ad esempio nella zona di Caoria, ho visto un paese minacciato da più parti: argini non ancora eretti. Basta un domani un'altra precipitazione atmosferica di una certa entità, per porre di nuovo quel paese in pericolo. Ora evidentemente, poiché uno dei principi dell'economia è quello che si possono perseguire dei fini alternativi, cioè con mezzi limitati o si affronta una questione o se ne affronta un'altra, ma tutte le questioni non si possono affrontare, c'è un discorso anche di natura prioritaria, oltre che un discorso di carattere amministrativo, di carattere finanziario a sè. Cioè questi 3 miliardi che la Regione porrebbe secondo il disegno di legge a proprio carico, in favore di questo determinato numero di aziende danneggiate o asserite tali, e questo onere quindi di 300 milioni per ogni anno, non sarebbe meglio, anche ai fini di un giusto investimento, destinarlo in parte proprio a intensificare le opere di difesa del suolo? A impedire che un domani non succedano altri disastri come quelli che sono successi in un momento in cui le ferite inferte

alla struttura idrogeologica della nostra regione sono ancora per buona parte aperte e che quindi la situazione è più deteriorata che non per il passato e che quindi la nostra terra è più esposta che non nel passato ai contraccolpi delle forze naturali? Questo è un ragionamento che è necessario fare. Perché prima di essere larghi, eccessivamente larghi nel distribuire questi denari, dobbiamo vedere quali altre necessità ci sono. E io ritengo che in base a un'accurata selezione delle domande, a un accurato accertamento dei danni reali effettivi, questa cifra di 3 miliardi potrebbe essere in maniera rilevante ridimensionata, la Regione potrebbe risparmiare questi denari e impiegarli, ad esempio, nella difesa del suolo o nell'aiuto alle popolazioni agricole che sono state colpite dalla calamità . . .

(Interruzione).

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Oppure nel suo settore, assessore, mi dimenticavo, ha ragione a ricordarmelo. Oppure nel settore della Previdenza sociale. Ce ne sono dei problemi . . .

(Interruzioni varie).

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Guardi assessore però che io ho concentrato la mia attenzione soprattutto sulla questione della difesa idrogeologica. E quella, in base anche alle risultanze della conferenza dell'Adige, comporta delle spese veramente enormi, e quella è una questione che coinvolge ogni settore dell'economia e ogni settore della vita civile, almeno nella nostra regione.

Signor Presidente, l'ora è scoccata?

PRESIDENTE: Ancora due minuti.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Quindi è necessario, anche sotto questo profilo, fare una politica effettivamente di accertamento. E' inutile che io sottolinei quelle che sarebbero le ripercussioni veramente negative qualora questo disegno di legge andasse in vigore con una disponibilità così grossa di fondi, rilevando poi che se lo Stato — noi evidentemente non possiamo opporci a quanto fa lo Stato — se lo Stato con i propri fondi, a un certo punto, in maniera così estensiva e così larga, dà i suoi benefici e abbatte gli interessi fino al 3%, noi non potremmo fare che

una critica di carattere politico, ma spetterà poi allo Stato e ai parlamentari di intervenire su questi criteri. Ma come Regione, noi abbiamo il dovere di essere molto più parchi e molto più attenti nella amministrazione dei nostri fondi di quanto questo disegno di legge non proponga.

PRESIDENTE: La seduta è tolta.

Ci ritroviamo martedì 11 luglio; faremo seduta dalle 10 alle 12 e dalle 15 alle 18.30.

(Ore 14).